Zentrale Gründungsveranstaltung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS Seite 5/6

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 13 vom 29. März 1975 | 9. Jahrgang | 50 Pfennig

Amis raus aus Kambodscha und Vietnam!

Während die amerikanischen Imperialisten und ihr Lakai Thieu unter den Schlägen der Volksbefreiungsarmee fast den ganzen Norden Südvietnams geräumt haben, stehen sie und ihr Marionettenregime um Lon Nol in Kambodscha vor der endgültigen Niederlage. Der 2. Nationalkongreß des kambodschanischen Volkes, rief das ganze kambodschanische Volk und die Kämpfer der Volksstreitkräfte auf, „ihre Kampftätigkeit zu erhöhen und den Feind ohne Unterlaß anzugreifen, um unsere Aufgabe, die vollständige und endgültige Befreiung der Nation und des Volkes, zu erfüllen."

Vor fünf Jahren griff das kambodschanische Volk zu den Waffen und beantwortete die Aggression der amerikanischen Imperialisten gegen sein Land, mit dem revolutionären Befreiungskrieg. Es schuf die Nationale Einheitsfront, die seinen Kampf leitet, und seine Volksstreitkräfte, die dem Feind Schlag auf Schlag versetzt haben. Heute sitzen die Verräter Lon Nol, Sirik Matak, Son Ngoc Thanh, Cheng Heng, In Tam, Long Boret und Sosthene Fernandez in ihrem letzten Schlupfwinkel Phnom Penh in der Falle. Das kambodschanische Volk hat 97% des Landes befreit und die einzige Verbindung der Verräter zur Außenwelt, die Luftbrücke der amerikanischen Imperialisten nach Phnom Penh, bricht unter den Angriffen der Volksstreitkräfte mehr und mehr zusammen. Die Tage der amerikanischen Imperialisten in Kambodscha und ihrer Marionetten sind gezählt.

Der Befreiungskrieg des kambodschanischen Volkes beweist: „Ein schwaches Land kann ein starkes Land besiegen, ein kleines Land kann eine Großmacht besiegen. Das Volk eines kleinen Landes kann, wenn es Mut hat, sich zum Kampf zu erheben und zu den Waffen zu greifen und die Geschicke seines Landes in die Hand nimmt, bestimmt die Aggression einer Großmacht vereiteln."

Die Tatsachen beweisen jedoch, daß sich die amerikanischen Imperialisten niemals freiwillig aus Kambodscha zurückziehen werden. Erst vor kurzem erklärte der amerikanische Präsident Ford unverfroren: *„Kambodscha ist für die nationale Sicherheit der USA lebenswichtig."* Das ist blanker Zynismus und der Versuch, aus schwarz weiß zu machen. Kambodscha ist ein kleines Land und tausende von Kilometern von den USA entfernt, nicht das kambodschanische Volk hat die USA überfallen, sondern die amerikanischen Imperialisten haben Kambodscha verwüstet und tausende von Menschen ermordet. Ford erklärt unverhüllt, daß die amerikanischen Imperialisten ihre Aggression gegen das kambodschanische Volk fortsetzen werden.



Eine Flugzeugabwehreinheit der Volksstreitkräfte im Kampf

Sie haben schon ihre Marineeinheiten auf Okinawa in Alarmbereitschaft versetzt und Kriegsschiffe in die Gewässer Kambodschas (den Golf von Siam) geschickt, an deren Bord sich Infanteristen, Fallschirmjäger und Marinelandungstruppen befinden. Unter dem Vorwand, das Leben und die Sicherheit der US-Kolonialisten in Phnom Penh zu schützen, bereiten sie die Intervention vor. In Südvietnam bilden die US-Imperialisten spezielle Kommandos der Thieu-Armee für den Straßenkampf aus, um sie nach Phnom Penh zu entsenden.

Um die Völker über ihre wahren Absichten zu täuschen und den Verrätern eine Atempause zu verschaffen, streuen sie Gerüchte über ihre Bereitschaft zu „Verhandlungen" aus. Ein Beispiel für die Tücke der USA-Imperialisten ist die angebliche Kürzung der Militärhilfe für das Lon Nol Regime durch den US-Kongreß. „Nur" 82,5 Mio. Dollar sollen bewilligt worden sein. Dazu aber kommen: 57,5 Mio. für „Lebensmittel", 15,5 Mio. als „Wirtschaftshilfe", 21,5 Mio. durch einen Taschenspielertrick aus dem Etat des Außenministeriums – insgesamt 177 Mio. Dollar. Und das sind nur die offiziellen Zahlen.

Angesichts dieser Tatsachen hat Samdech Norodom Sihanouk die Völker der Welt aufgerufen, die sofortige Beendigung der US-Aggression in Kambodscha zu verlangen und gleichzeitig bekräftigt, daß das kambodschanische Volk weder mit den Verrätern verhandeln wird, noch den Kampf einstellen wird, auch wenn er noch Jahre dauern sollte. Er sagte: *„Wir werden siegen und unser Kambodscha wird seine Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität wiederherstellen."*

Rede eines portugiesischen Marxisten-Leninisten

Nieder mit dem Sozialimperialismus!

Nach dem mißglückten Putsch vom 11. März in Portugal haben sich die Positionen der „Bewegung der Streitkräfte" und der revisionistischen Partei des falschen Kommunisten Cunhal weiter verstärkt. Die modernen Revisionisten der D„K"P feiern dies als einen „Sieg der Kräfte der Revolution, der Demokratie und des Fortschritts" und rufen die Werktätigen hier auf, die „Bewegung der Streitkräfte" und Cunhals Partei zu unterstützen. Das ist ein gefährlicher Betrug, denn diese Leute sind in Wirklichkeit Revolutionäre und Sozialisten nur in Worten, während sie in Taten Faschisten sind: Sozialfaschisten in den Diensten des sowjetischen Sozialimperialismus.

Für die portugiesischen Revisionisten war der gescheiterte Putsch vom 11. März Gold wert. Hatten sie schon vorher das Gesetz über die sozialfaschistische Einheitsgewerkschaft durchgebracht, konnten sie jetzt die Bildung des Revolutionsrates durchsetzen, der ihnen auch dann, wenn sie bei den Wahlen schlecht abschneiden, Macht und Einfluß garantiert. Sie konnten die Wahlen verschieben, verboten die Teilnahme der revolutionären Bewegungen, die sich gegen den Sozialfaschismus und den sowjetischen Sozialimperialismus richten, an den Wahlen, und verhafteten mindestens acht Kämpfer, die sich auf die Maotsetungideen berufen.

Jede Stärkung Cunhals bedeutet eine Stärkung der sowjetischen Sozialimperialisten, die ihre Hände nach Portugal ausstrecken, um dort die Rolle einzunehmen, die die amerikanischen Imperialisten in Portugal vor dem 25. April jahrzehntelang gespielt haben. Der folgende Auszug aus der Rede eines marxistisch-leninistischen Genossen aus Portugal, gehalten auf dem internationalen, von „l'Humanite Rouge" organisierten Treffen in Paris, zeigt die wirkliche Lage in diesem Land:

Fortsetzung auf Seite 2

Faschistischer Bombenanschlag auf Bremer "K"BW-Laden!

Polizei beseitigt Spuren

Am Dienstag, den 18. März gegen 23 Uhr explodierte eine Zeitzünderbombe, die offensichtlich an der Tür des dortigen Literaturvertriebs des „Kommunistischen" Bundes Westdeutschlands befestigt war. Der Laden wurde total verwüstet, im Umkreis von 50 Metern zersprangen in den Häusern die Fensterscheiben. Es ist reiner Zufall, daß bei diesem faschistischen Anschlag niemand verletzt wurde.

Das ist bereits der dritte faschistische Anschlag in Bremen innerhalb kurzer Zeit. Erst vor wenigen Wochen wurde der Betriebsrat der Bremer Vulkan-Werft Heinz Scholz hinterrücks niedergestochen. Im Dezember des letzten Jahres explodierte eine Bombe im Bremer Hauptbahnhof; mehrere Menschen wurden verletzt. Während die Polizei die Hetzlüge in die Welt setzte, die RAF sei dafür verantwortlich, wurde durch die Aussage eines Mitarbeiters beim Katastrophenschutz Bremen-Nord bekannt, daß die Behörden vorher von diesem Anschlag auf den Bahnhof gewußt haben mußten.

Ähnlich schnell wie damals war auch jetzt die Polizei zur Stelle. Kurze Zeit später waren auch zwei Feuerlöschzüge sowie eine Straßenkehrmaschine vor dem Laden des „K"BW. **Die so zahlreiche aufgefahrene Polizei – nach Meldungen des „Weserkurier" mindestens sieben Streifenwagen – hatte nichts Eiligeres zu tun, als sofort die Spuren und Glasscherben zu beseitigen.** In der Presse las sich das dann so, daß die Anwohner die Spuren beseitigt hätten. Mit dieser Zwecklüge kam die Polizei diesmal allerdings nicht weit. Aufgrund der Empörung der Bewohner der Straße, in der die Bombe explodiert war, mußte der „Weserkurier" am 22. 3. 75 folgenden Leserbrief abdrucken:

„Fegen im Dunkeln. Als Nachbarn der bombengeschädigten Literaturstelle des KBW in Fedelhören waren wir sofort nach der Explosion Augenzeugen des weiteren Geschehens. Um ein verzerrtes Bild und eine voreilige Meinungsbildung bei der Bevölkerung zu korrigieren, halten wir folgende Ergänzungen und Richtigstellungen Ihrer Berichterstattung für dringend erforderlich. Während wir Anlieger noch nichts wissend und unter dem Schock der Detonation vor die Tür traten, trafen bereits die ersten Streifenwagen ein und riegelten die Straße in dienstlicher Routine ab. Wir Anwohner stellten zunächst Spekulationen über den möglichen Hergang an und überlegten, wie man die bis auf wenige Ausnahmen nicht hier wohnenden Ladeninhaber benachrichtigen könnte. An Fegen dachte wohl noch keiner von uns. Erst als die Mannschaften zweier schnell angerückter Feuerlöschzüge die Glasscherben eifrig in die Gosse und Gullis fegten, folgten die anwesenden Geschädigten unter ermutigender Hilfe der Polizei zögernddiesem Beispiel. Ihre Schlagzeile „Polizei tappt

Fortsetzung auf Seite 7

AUS DEM INHALT

Staatsschulden 2
2. Parteitag der KPF/ML – Grußadresse 2
Das ist ihre „Demokratie" – Entlassungen Roter Betriebsräte . . . 3
Betriebsbesetzung bei Seibel und Söhne 3
Entschlossener Kampf gegen Stillegung. 3
Arbeitsamt – Instrument zur Unterdrückung der Arbeitslosen 4
100 Jahre Kritik des Gothaer Programms 7
Prozeß zum Roten Antikriegstag . . . 8
Kölner Arbeiter von der Polizei erschossen 8
Internationale Demonstration in Paris 9
Rede des Genossen Ernst Aust in Paris 9
Eine Niederlage nach der anderen für Thieu 9

Grussadresse

An das
Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Frankreichs/Marxisten-Leninisten

Genossen,
zum erfolgreichen Abschluß Eures 2. Parteitages sendet Euch das Zentralkomitee der KPD/ML die herzlichsten Kampfesgrüße. Insbesondere drücken wir unsere Freude darüber aus, daß Eure Partei nun auf der Grundlage des vom 2. Parteitag beschlossenen Programms und Statuts ihre Rolle als Vorhut der französischen Arbeiterklasse noch besser erfüllen wird.

Es lebe der 2. Parteitag der KPF/ML!
Es lebe die KPF/ML
Es lebe der Marxismus-Leninismus!

2. Parteitag der KPF/ML erfolgreich abgeschlossen

Vor einiger Zeit fand der zweite Parteitag der Kommunistischen Partei Frankreichs/Marxisten-Leninisten statt. Jacques Jourques nutzte die Gelegenheit des Treffens anläßlich des Jahrestages der Pariser Commune am 16. 3. 75 in Paris, um den erfolgreichen Abschluß des 2. Parteitages bekanntzugeben.



N°151 - SPECIAL 10me ANNEE | PARTI COMMUNISTE MARXISTE-LÉNINISTE DE FRANCE | N°43 CLANDESTIN 15 AOUT 1974

Prolétaires de tous les Pays, Nations et Peuples opprimés, UNISSEZ-VOUS!

Illegales Zentralorgan der KPF/ML

Der 2. Parteitag der KPF/ML, die am 30. 12. 1967 gegründet und am 12. 6. 1968 verboten wurde, fand nach langer und gründlicher Vorbereitung statt. In dem Kommunique des Zentralkomitees, das Genosse Jaques Jouques verlas, heißt es unter anderem:

Der 2. Parteitag der KPF/ML war deshalb von besonderer Bedeutung, weil auf ihm das Programm und Statut der KPF/ML verabschiedet wurden. Der Parteitag konnte zwei große Siege der KPF/ML verzeichnen: die Liquidierung einer Fraktion, die 1970 aufgetreten war und die Vereinigung zahlreicher Gruppen, die sich auf den Marxismus-Leninismus und die Maotsetungideen berufen sowie die Zerschlagung einer rechtsopportunistischen, neorevisionistischen Linie, die vor allem im Raum Paris aufgetreten war.

„Ungeachtet der Schwierigkeiten, verursacht durch die Illegalität, verwirklichte der 2. Parteitag grundlegend die Prinzipien des Demokratischen Zentralismus. Während seiner Dauer wurden rund 350 Anträge von Delegierten besprochen, die alle in den Zellen an der Basis gewählt worden waren. Den Vorsitz führte ein Arbeitergenosse. Die Zahl der weiblichen Delegierten war fast genauso groß wie die der männlichen Delegierten. Das Durchschnittsalter der Delegierten betrug 25 bis 30 Jahre."

Genosse Ernst Aust, der Vorsitzende der KPD/ML, der bei dem Treffen anwesend war, überbrachte der KPF/ML die brüderlichen Kampfesgrüße der Partei zum erfolgreichen Abschluß des 2. Parteitages.

Bundeshaushalt 1975

Im Zeichen verschärfter Ausplünderung

In der vergangenen Woche ist im Bundestag der Staatshaushalt für das Jahr 1975 verabschiedet worden. Dieser Haushalt, der die neue Rekordhöhe von 155,1 Milliarden DM erreicht hat, steht ganz im Zeichen der verschärften Ausplünderung und Unterdrükkung der Werktätigen und der direkten finanziellen Unterstützung der Monopole. Er ist ein Spiegelbild der tiefen Wirtschaftskrise, die die Bundesrepublik erfaßt hat. Wie sehr dieser Haushalt das Licht der Öffentlichkeit scheut, zeigt sich schon allein daran, daß die einzelnen Posten so verschleiert und verwirrt werden, daß ihre wirkliche Bedeutung für die Werktätigen völlig undurchsichtig ist.

Nur der kleinste Teil der 155,1 Milliarden DM wird vom bürgerlichen Staat für die „Sozialausgaben", für Bildung, das Gesundheitswesen usw. ausgegeben. Die Bundesregierung hat sich in diesem Jahr z. B. damit gebrüstet, daß der Etat des Familienministeriums den prozentual höchsten Anstieg, insgesamt um neun Milliarden DM zu verzeichnen hat. In Wirklichkeit jedoch kommen diese neun Milliarden DM durch die Anrechnung des Kindergeldes zustande, für das bekanntlich die steuerlichen Kinderfreibeträge entfallen. **Ein bloßer Taschenspielertrick also.**

Bezeichnend ist auch, daß angesichts überfüllter Hochschulen und eines fast vollständigen Numerus Clausus an den Universitäten die Ausgaben für den Hochschulbau schon im September 1974 von 2,1 Milliarden DM im Vorjahr auf 1,4 Milliarden DM zusammengestrichen worden sind. Das Programm „Sparen, sparen, sparen", das Finanzminister Apel in der Haushaltsdebatte im Bundestag demagogisch verkündet hat, betrifft in Wirklichkeit nur die Ausgaben für Wissenschaft, Kultur, Bildung, Gesundheitswesen usw. Es betrifft auch die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes, von denen Apel schon im September sagte, daß für sie „Leistung" und Sparsamkeit Gültigkeit behalten". Auf dieser Linie wurde der Lohnraubabschluß von 5,8% für den öffentlichen Dienst durchgesetzt.

Auf der anderen Seite werden die Ausgaben für die Unterdrückung der Werktätigen weiter erhöht. Gerade erst in der „Sicherheitsdebatte" hat die Bundesregierung zugegeben, daß allein die Ausgaben für das Bundeskriminalamt seit 1969 von 22 Mio. DM auf 130 Mio. DM gesteigert worden sind und weitere Erhöhungen angekündigt. Die Gelder, die den Monopolen durch Subventionen, „Wirtschaftsförderung" usw. direkt in den Rachen geworfen werden erreichen fast 26 Mrd. DM, ohne die 10 Mrd. aus dem „Konjunkturprogramm."

In diesem Jahr wird der Militärhaushalt die Höhe von 50 Mrd. DM erreichen.

Auch die Rekordhöhe der Staatsschulden von fast 23 Mrd. DM bedeutet für die Zukunft eine verschärfte Ausplünderung der Werktätigen. In der Debatte im Bundestag ist offen gesagt worden, daß Staatsschulden immer mit dem „Problem der Geldschöpfung", d. h. dem Druck von Papiergeld bzw. der Ausgabe im Wert verminderter Münzen, wie des neuen Fünfers verbunden ist. **Die Erhöhung des Geldumlaufs von 8% in diesem Jahr bedeutet eine weitere Steigerung der Inflation und der Verteuerung der Preise für die Güter des täglichen Bedarfs.**

Die Bundesregierung will das Staatsschuldenloch durch Kredite und Anleihen decken und behauptet, so ließen sich Steuererhöhungen vermeiden. Das ist Betrug. **Die Finanzierung durch Kredite bedeutet nichts anderes, als „ein Loch aufzureißen, um ein anderes zu stopfen". In Wirklichkeit sind die Steuern der Werktätigen die einzige Quelle für die Finanzierung des Staatshaushaltes, der für die Kapitalistenklasse ein Mittel zu ihrer Bereicherung und zur zusätzlichen Ausplünderung der Werktätigen ist.**

Rede eines portugiesischen Marxisten-Leninisten

Fortsetzung von Seite 1

„Genossen sehen wir uns das Eindringen der sowjetischen Sozialimperialisten in unserem Land an:

Ungeachtet der Tatsache, daß in Portugal eine sozialfaschistische Agentur des russischen Sozialimperialismus existiert hat, waren es die US-Imperialisten, die vor dem 25. April die erste Geige spielten und sich wie die leibhaftigen Herren dieser Ecke Europas aufspalten. Aber heute hat sich die Situation geändert. Der russische Expansionismus faßt jeden Tag mehr Fuß in unserem Land. Er läßt sich mit Sack und Pack nieder und führt sich eindeutig eroberungslustig auf. Für den Anfang besteht der „Sack", den er mit sich führt, aus „Handelsdelegationen", „technische Kooperation", „kultureller und wissenschaftlicher Austausch" usw. Morgen wird sein „Pack" sich in Kriegsschiffe und Kriegsflugzeuge, in Soldaten und Spione verwandeln . . .

Genossen, Portugal ist auf dem besten Wege, von den Spähtruppen der Streitkräfte der Sozialimperialisten überschwemmt zu werden. Sie kommen nicht, um zu helfen, das Land aufzubauen, sie kommen, um das Volk zu verraten und zu massakrieren.

Sie kommen nicht, um das Land von der Reaktion zu befreien, sondern um es zu knebeln und um sich seiner als Sprungbrett und als logistische Basis für die Streitkräfte zu bedienen, die in die anderen Länder Europas und selbst Afrikas eindringen sollen.

Sie kommen nicht, um den Faschismus zu vernichten, sondern dort den Sozialfaschismus zu errichten, nicht um mit dem Imperialismus Schluß zu machen, sondern um dort ihren Sozialimperialismus zu errichten. Genossen, unser Hauptfeind heute in Europa, das ist der Sozialimperialismus mit ihm müssen wir Schluß machen!

Die Verräter in Moskau haben ihre schmutzigen Pfoten bereits nach der nationalen Souveränität unseres Landes ausgestreckt: ihre Repräsentanten – Chunhal und Konsorten – geben sich nicht damit zufrieden, an der Regierung teilzunehmen, sondern kontrollieren auch große Bereiche des öffentlichen Lebens, besonders der regionalen Verwaltung und Presse. Mit Demagogie und die Lehren Lenins und Stalins verratend stellt sich der sowjetische Expansionismus auf die Fußspitzen, ganz in weiß gekleidet, gerade wie eine unschuldige Jungfrau und versucht überall einzudringen!

Genossen, unsere Anklagen sind nicht ohne Beweise. Paßt auf: Die expansionistischen Händler von Moskau haben unseren Wein für 60 Centimes pro Liter gekauft und verkaufen ihn an Spanien 50% teurer weiter. Sie kaufen unsere Lederschuhe für 12 F das Paar, während sie in den Geschäften 80 bis 120 F kosten. Sie verkaufen uns Wein, während wir ihn in großer Menge exportieren. Sie verkaufen uns Sardinen, während wir sie in großer Menge exportieren und was noch schlimmer ist, sie haben diese Sardinen den Kapitalisten verkauft, als die Fischer im Streik für ihre wirtschaftlichen und sozialen Rechte waren. Sie haben uns Rohöl 120 bis 200% teurer verkauft als den anderen industrialisierten Ländern. Wir sind also der gleichen Ausbeutung unterworfen wie sie in den Ländern des Comecon herrscht. Und was noch schlimmer ist, Genossen, während 40 000 Arbeiter in den Straßen von Lissabon demonstrierten und den Abzug der Nato und der fremden Truppen, die in unserem Land stationiert sind, forderten, ersuchte der Sozialimperialismus um das Recht, seine Kriegsschiffe in unseren Häfen vor Anker gehen lassen zu können. Kriegsschiffe getarnt als Fischdampfer, wie üblich. Ich kann euch bestätigen, Genossen, daß diese Forderung von den Verrätern an der Nation, die gegenwärtig in Portugal an der Macht sind, akzeptiert wurde.

Genossen, der Sozialimperialismus bietet uns Hilfe an, Zusammenarbeit, Vorteile usw. Aber die Geschichte lehrt uns, daß, was immer er uns auch anbietet, es sich in Wirklichkeit nur um Knebelung und um eine Bande von Spionen und Konterrevolutionären übelster Sorte handelt.

Wir, die Marxisten-Leninisten und das portugiesische Volk, werden diese „Hilfen" zurückweisen und alle Lakaien der Imperialisten aus dem Land jagen, mögen sie im Sold der Russen oder der Amerikaner stehen. Das portugiesische Volk, das fest mit seinen afrikanischen Brüdern verbunden ist, hat den alten Faschismus von Salazar und Caetano vertrieben und nun versucht ein neuer Faschismus, der noch gefährlicher und heimtückischer ist, durch die Hintertür hereinzukommen. Die letzten Ereignisse zeigen uns klar, wovon momentan die Hauptgefahr ausgeht!

Mögen auch der 28. September, kürzer zurückliegend der 11. März „offiziell" grundsätzlich das Werk reaktionärer Pro-Amerikaner sein, so haben sie doch faktisch die Positionen des Sozialimperialismus in unserem Land begünstigt und gestärkt.

Z. B. haben wir seit kurzem die Einrichtung der Bewegung der Streitkräfte im portugiesischen Revolutionsrat, der nichts anderes ist als eine alte Forderung der revisionistischen Partei Cunhals, genauso wie die Nationalisierung der portugiesischen Bankengruppen und den wahrscheinlichen Eintritt eines Ablegers der Revisionisten, der demokratischen Bewegung Portugals in die provisorische Regierung. Genossen, der sowjetische „Sozialimperialismus vollführt Scheingefechte im Osten, um im Westen anzugreifen", nichts anderes ist die tägliche Praxis seiner Agenten in Portugal.

Cunhal, der falsche Kommunist, der Verräter am Marxismus-Leninismus und am portugiesischen Vaterland, organisiert einen Riesenrummel gegen den alten Faschismus von Salazar, nur um damit das heimliche Eindringen des Einflusses und der Kontrolle seiner Freunde in Moskau zu begünstigen und vorzubereiten.

Liebe Freunde, liebe Genossen, wir haben keine Angst vor einem Krieg. Bereiten wir uns noch besser vor, ihm zu begegnen! Bereiten wir die Völker unserer Länder ideologisch und materiell auf die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges vor!"

Kurz berichtet

KIEL

In Kiel haben die modernen Revisionisten der D„K"P vor kurzem einen Wahlrummel abgehalten, auf dem sie auch billige Würstchen verkauften. Höhepunkt dieses Würstchenverkaufs sollte der Auftritt ihres Oberhäuptlings Mies sein. Trotz des Risenrummels, den die modernen Revisionisten der D„K"P veranstaltet hatten, waren aber nur ungefähr 200 ihrer Anhänger gekommen und etwa 100 interessierte Kollegen. Dafür hatte die D„K"P eine Ordnertruppe von 100 Schlägern aufgefahren. Die Aufgabe dieser sozialfaschistischen Bande wurde schon bald klar.

Genossen der Partei, die etwa eine Stunde vor Beginn der Kundgebung auf dem Platz erschienen waren, wurden sofort von ihnen beschattet, so daß sie sich nicht mehr unbeobachtet bewegen konnten. Als die Genossen bei Beginn der Veranstaltung mit dem Verteilen eines Flugblattes begannen, stürzten sich die 100 Schläger der D„K"P sofort auf sie, um das Verteilen des Flugblatts zu verhindern und begannen eine Prügelei. Da sie weit in der Überzahl waren, gelang es ihnen auch, die Genossen vom Platz der Kundgebung zu verdrängen. Abseits des Platzes zeigten sie dann, wozu sie fähig sind. Hier, abseits von den Kollegen, fühlten sie sich unbeobachtet und schlugen mit Fahrradketten und Schlagringen auf die Genossen ein, so daß mehrere verwundet wurden. Ein Genosse wurde dabei so schwer verletzt, daß er Platzwunden davontrug und genäht werden mußte. Dieser heimtückische Überfall der modernen Revisionisten der D„K"P auf die Genossen zeigt aber auch, daß sie nichts so sehr fürchten, wie die Enthüllung ihres Verrats am Marxismus-Leninismus und der Revolution.

WESTBERLIN

Rund 2 000 Jugendliche demonstrierten in Westberlin gegen den Polizeiterror vor allem gegen die Jugendzentren in Westberlin. Die Partei nahm an der Demonstration mit einem eigenen Blockteil, in dem rund 80 Demonstranten unter Parolen gegen Polizeiterror und die Faschisierung des Staatsapparates demonstrierten.

FRANKFURT

Am 20. März sollte in Frankfurt der Prozeß gegen zwei Genossen stattfinden, die angeklagt waren, Plakate geklebt zu haben, auf denen der Mord an Genossen Günter Routhier angeprangert wurde. Obwohl der Prozeß kurzfristig verschoben wurde, weil „neue Ermittlungen" notwendig seien, fand am Abend des 19. März eine Veranstaltung der Partei zu dem Prozeß statt. Schon vorher waren an den Betrieben, in der Universität und an den Schulen Flugblätter verteilt und in mehreren Arbeitervierteln Informationsstände aufgebaut worden.

80 Genossen und Freunde hatten sich versammelt. Zwei Spitzel der Polizei wurden gezwungen, den Saal zu verlassen, als die Versammlung zu einer geschlossenen Veranstaltung erklärt wurde. Eine Genossin der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS verlas eine Solidaritätsadresse mit den beiden Genossen, die als Lehrer auch von Berufsverbot betroffen sind. Zum Abschluß der Veranstaltung wurden 303 DM für die politisch Verfolgten in der Bundesrepublik gesammelt.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postf. 30 05 26. Pschkto. Dortmund Nr. 417 06–466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Tel.: 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: NAV GmbH, 1 Westberlin 36. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement 30 DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Das ist ihre "Demokratie": Entlassungen Roter Betriebsräte

Am 11. 3. 75 wurde der Kandidat der Roten Liste zur Betriebsratswahl bei HDW in Kiel entlassen. Am 17. 3. kündigten die AG Weser-Bosse den beiden Kandidaten der Roten Liste in diesem Betrieb. Beide Male stimmte der Betriebsrat den Entlassungen zu. Die Partei hat den Kampf gegen die Entlassungen aufgenommen. Sie kann sich dabei auf viele empörte Kollegen stützen, die jetzt deutlich sehen, was sich hinter den angeblich so demokratischen Betriebsratswahlen verbirgt: gemeinsamer Kampf von Kapitalisten, alten Betriebsräten und IGM-Apparat, um zu verhindern, daß die Kollegen rote Betriebsräte wählen und mit ihnen den Kampf führen.

Noch im letzten Jahr auf einer Betriebsversammlung hatte Betriebsrat Börnsen von AG Weser erklärt: „Auf der AGW gibt es keine politischen Entlassungen, das beste Beispiel ist der Kollege R." Jetzt, als der gleiche Kollege für die Rote Liste kandidiert und im Betrieb Unterschriften dafür sammelt, wird ihm gekündigt. Entlassungsgrund: „Sie haben das am 17. 3. 1975 im Betrieb verteilte Flugblatt mit der Überschrift „Programm der Roten Liste zu den Betriebsratswahlen 1975 bei AG", . . . unterzeichnet. Damit haben sie eine weitere Zusammenarbeit unmöglich gemacht. Wir kündigen daher das Arbeitsverhältnis fristlos . . . Außerdem teilen wir ihnen mit, daß sie einem sofort wirksamen Werftverbot unterliegen."

Offener können die Kapitalisten nicht sagen, daß sie diesen Kollegen einzig und allein wegen seiner klassenkämpferischen und kommunistischen Gesinnung entlassen haben. Vorher schon hatten die IGM-Bonzen verhindert, daß die Kollegen auf der IGM-Liste kandidieren konnten, obwohl sie beide von ihren Kollegen dafür vorgeschlagen waren. Die Betriebszelle der Partei bei AG Weser hat den Kampf gegen die politischen Entlassungen aufgenommen. Für die Rote Liste werden weiterhin Unterschriften gesammelt.

Kollege Bernd auf HDW Kiel wurde entlassen, wenige Stunden nachdem er ins Betriebsratsbüro gegangen war, um eine Unterschriftenliste für die Kandidatur der Roten Liste zu besorgen. Im Entlassungsschreiben heißt es: „Wir kündigen Ihnen hiermit auf Verlangen und Beschluß des Betriebsrats vom 11. 3. 1975 wegen wiederholter Störung des Betriebsfriedens, insbesondere wegen Ihrer Äußerungen bei der Betriebsversammlung am 24. 2. 1975 und weiter laufend gegenüber Kollegen in der Werkstatt, die die Bezichtigung der Korruption von Betriebsratsmitgliedern beinhaltet. Wir fordern sie auf, sofort die Werft zu verlassen." Auf dieser Betriebsversammlung hatte Kollege Bernd entlarvt, daß die türkischen Betriebsräte Hakki Dinc und Cavit Bora von einem türkischen Kollegen Geld verlangt hatten, weil dieser aus gesundheitlichen Gründen einen anderen Arbeitsplatz auf der Werft brauchte. Dafür liegen schriftliche Beweise vor.

Daß die Kapitalisten auf diese Enthüllung mit der sofortigen Entlassung des Kollegen wegen „Störung des Betriebsfriedens" reagieren, spricht Bände. Denn was sonst als der „Frieden" des Betriebsrats bei seinen Gaunereien und seinem Betrug an den Kollegen soll hier geschützt werden? Was sonst als der „Frieden" der Kapitalisten bei der Ausbeutung der Kollegen, die gerade einen solchen korrupten Betriebsrat als Handlanger zur Unterdrückung der Kollegen brauchen?

Der Betriebsrat versuchte sofort, die Gelegenheit auszunutzen, um den Genossen als Kandidaten der Roten Liste zu streichen. Da Genosse Bernd sofort Klage beim Arbeitsgericht eingereicht hatte, schlug dieser Plan jedoch fehl. Nicht nur mit dieser Entlassung, sondern auch mit gezielten Einschüchterungsversuchen bei Kollegen versuchten V-Leute, die Aufstellung der Roten Liste noch im letzten Moment zu verhindern und die Kollegen zum Rückzug ihrer Unterschrift zu zwingen. Aber sie hatten damit keinen Erfolg. Die Rote Liste steht inzwischen als einzige Alternative, nachdem eine sogenannte „oppositionelle Liste" zurückgezogen wurde, zur IGM-Liste zur Wahl. Die Betriebszelle der Partei wird in den nächsten Tagen vor dem Tor das Kampfprogramm der Roten Liste verteilen, um den Kollegen noch klarer zu zeigen, daß es bei dieser Wahl nicht nur darauf ankommt, im Kampf gegen den alten Betriebsrat der Roten Liste die Stimme zu geben, sondern vor allem darauf, zusammen mit den Roten Betriebsräten den organisierten Kampf für die Interessen der Kollegen, gegen die Kapitalisten und gegen den reaktionären IGM-Apparat aufzunehmen.

Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will!



SCHWUNG RAD



BETRIEBSZEITUNG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / MARXISTEN-LENINISTEN (KPD/ML) für KHD Nr. 2/74 Februar

Der Kampf von Kapitalisten und IGM-Apparat gegen die Aufstellung der Roten Liste bei KHD war vergeblich. Inzwischen steht die Rote Liste dort mit drei Kandidaten zur Wahl. Bei den Mannesmann-Röhrenwerken in Düsseldorf-Rath ist die Wahl bereits beendet. Dort wurde der kommunistische Kollege Uwe B. mit 600 Stimmen auf der IGM-Liste gewählt. Der alte Betriebsratsvorsitzende Christiansen bekam diesmal etwa 1 000 Stimmen weniger als bei der letzten Wahl.

Betriebsbesetzung bei Seibel und Söhne

Entschlossener Kampf gegen Stilllegung

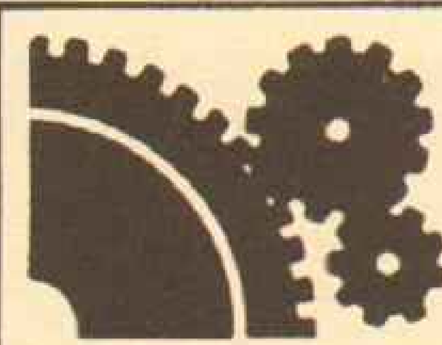
Die Kollegen der Firma Seibel & Söhne in Erwitte halten seit Tagen die Zementfabrik besetzt. Die Eingänge des Betriebes sind mit Lastwagen und Ketten gesperrt; Streikposten kontrollieren jeden, der ins Werk will. Kapitalist Seibel traut sich nicht ins Werk, er schickt stattdessen den streikenden Arbeitern die fristlose Kündigung und Hausverbot per Post ins Haus. Von den Februarlöhnen schickt er allerdings nur den „nicht pfändbaren Betrag". Diesen unerhörten Diebstahl begründet er damit, daß durch die Besetzung des Betriebes Schaden an seinem Eigentum entstehen könne, wofür er Lohngeld einbehält. Die Kampfentschlossenheit der Streikenden kann er nicht brechen – sie kämpfen um ihre nackte Existenz, gegen die Massenentlassung, die eine Vorbereitung der Stillegung des ganzen Betriebes sind.

Die Kollegen der Zementfabrik Seibel wurden jahrelang aufs brutalste ausgebeutet. Bei ihrer Schwerstarbeit mußten sie dauernd Überstunden machen. Und jetzt werden sie auf die Straße geworfen, jetzt ist es völlig egal, ob sie mit ihren Familien durchkommen oder nicht. Nicht nur die Arbeiter von Seibel selbst, sondern auch ihre Frauen und ein erheblicher Teil der Bevölkerung Erwittes sind fest entschlossen, dagegen zu kämpfen; sie wollen den Betrieb solange besetzt halten, bis ihre Forderungen um Zurücknahme der Entlassungen, keine Kurzarbeit erfüllt sind. Angesichts dieser Kampfentschlossenheit der Kollegen und der breiten Unterstützung der Bevölkerung auch aus umliegenden Städten, sahen sich IG Chemie-Führer und D„K"P-Führer gezwungen, mit großen Worten ihre Unterstützung anzukündigen, und sich an die Spitze des Kampfes zu stellen. Aber keineswegs, um den Kampf mit zu führen, sondern um den Kampf unter ihre Kontrolle zu bekommen und abzuwürgen.

Das Beispiel der Fa. Seibel & Söhne zeigt, daß die Werktätigen in diesem kapitalistischen System zwar die Pflicht haben, sich für den Kapitalisten totzuschuften, daß sie aber nicht einmal das Recht auf Arbeit haben – wenn man sie nicht mehr braucht, können sie krepieren. Um zu verhindern, daß die Erwitter gerade das erkennen, daß sie erkennen, daß der Fall Seibel keine Ausnahme darstellt, sondern einer von tausenden heute in Westdeutschland ist, sprechen IG Chemie-Führer und D„K"P von der Unternehmerwillkür und besonderen Bösartigkeit des Herrn Seibel. Als gäbe es eben gute und böse „Arbeitgeber", und als müsse man eben nur gegen die „Bösen" kämpfen. So wollen diese Verräter verhindern, daß die Seibelkollegen erkennen, daß ihr Schicksal das Schicksal ihrer Klasse ist, und daß ihr Kampf der Kampf ihrer Klasse ist – nicht nur gegen den Kapitalisten Seibel, sondern gegen den Kapitalismus. So sagt H. Borkhoff, Bezirksleiter der IG Chemie und bekannt als D„K"P-Anhänger: „ . . . , die Arbeitnehmer kämpfen um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze, die entgegen den gesetzlichen Bestimmungen über alle Normen des sozialen Rechtsstaates hinaus gefährdet worden sind." Borghoff will damit den Kollegen weismachen, ihre Entlassung wäre ein Ausnahmefall, und wir würden in einem „sozialen Rechtsstaat" leben, der auch die Interessen der Arbeiter vertrete. Das Gegenteil ist der Fall. Das zeigt die Arbeitslosenzahl von über 1 Million, das zeigt sich daran, daß der „soziale Rechtsstaat" und seine Gesetze für die Durchsetzung des Rechts der Kapitalisten auf Ausbeutung der Lohnabhängigen da ist.

Weiter sagte Borghoff, daß „Seibel durch die wirtschaftlich nicht notwendigen Massenentlassungen zeige, daß er die Bezeichnung Arbeitgeber nicht verdiene". Für Borghoff, der an der Erhaltung des Kapitalismus interessiert ist, gibt es zwar „notwendige" Massenentlassungen. Für die Arbeiterklasse ist es aber egal, ob wirtschaftlich für die Kapitalistenprofite notwendig oder nicht; die Arbeiter werden dadurch nicht mehr oder weniger arbeitslos.

Es ist nicht so, daß IG Chemie-Bonzen und Revisionisten nun den konkreten Kampf, die Besetzung wirklich unterstützen und „nur" die langfristigen Interessen der Arbeiterklasse verraten. Nein, die IG Chemie verhandelt bereits: Nicht um die Forderungen der Kollegen nach bedingungsloser Zurücknahme der Massenentlassungen, sondern zum Zurücknahme der Massenentlassungen bei gleichzeitigem Einverständnis über Personalabbau; und auch auf Kurzarbeit will man sich einlassen, aber nur nach gründlicher Überlegung. **Auf deutsch gesagt: Um den Kampf der Kollegen abzuwürgen, sollen die Entlassungen nicht auf einmal, sondern in Raten durchgeführt werden, wird über die Kurzarbeit erst entschieden, wenn die einheitliche Kampffront der Kollegen durch den IG Chemie-Apparat und die D„K"P untergraben ist. Doch, der Betrieb ist weiterhin besetzt! Die Verräter konnten die Entschlossenheit und Einheit der Kollegen bisher nicht untergraben. Ein Kollege: „Wir haben uns auf Wochen eingestellt, und schließen einen Polizeieinsatz nicht aus."**



Arbeiterkorrespondenzen

Nicht der Mensch - nur der "Kostenfaktor Arbeitskraft" zählt

Ich bin seit längerer Zeit bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse beschäftigt. Ein Kollege von mir, dessen Frau zur Zeit arbeitslos ist und krankgeschrieben wurde, wurde sofort zum „Vertrauensarzt" vorgeladen. Der Kollege war darüber ziemlich empört, denn er dachte, wenn er in der AOK arbeitet, würde man seine Frau nicht gleich zum „Vertrauensarzt" vorladen, wenn sie mal krank wird. Deswegen fragte er einen Vorgesetzten, was denn dieser Unsinn solle. Dieser antwortete wörtlich: „Weißt Du, bei den Arbeitslosen da gibt es eine Sonderregelung. Die werden alle gleich zum Vertrauensarzt vorgeladen. Bei denen besteht viel mehr die Gefahr, daß sie krank machen als bei den normalen Beschäftigten." In dem weiteren Gespräch konnte man erkennen, daß die Arbeitslosen, die krank werden, nicht etwa deshalb zum Vertrauensarzt vorgeladen werden, weil man ihnen helfen will, sondern hauptsächlich um sie einzuschüchtern und möglichst schnell wieder „gesund" zu schreiben.

Gerade die Arbeitslosen sind aber gesundheitlich gefährdet, weil die Probleme, die sich für sie und ihre Familie durch die Arbeitslosigkeit ergeben, sich ganz klar auf die Gesundheit niederschlägt. Und zum anderen: Viele, die – als sie noch Arbeit hatten – nicht zum Arzt gegangen sind aus Angst, ihre Arbeit zu verlieren, gehen jetzt zum Arzt, wo sie arbeitslos sind.

Dem versuchen die gesetzlichen Krankenversicherungen, die Teil des kapitalistischen Staatsapparates sind, durch ihre Maßnahmen einen Riegel vorzuschieben. Ihre Aufgabe ist es nicht, die kranken Kollegen und insbesondere die Arbeitslosen unter ihnen wieder gesund werden zu lassen, sondern sie soweit nur irgend nötig „arbeitsfähig" zu erhalten . . . Nicht der Mensch, sondern lediglich der „Kostenfaktor Arbeitskraft" zählt.

Geldstrafen auf der Zeche Kurz eingedöst - "Das kostet 10 DM!"

Neulich hatte ich wieder Mitternachtsschicht. Sie beginnt um 24 Uhr und ist bei uns im Bergbau die schwerste und anstrengendste Schicht. Ich hatte schon einige Stunden mit der Schaufel im Streb gearbeitet, als sich die Möglichkeit zu einer kurzen Pause ergab. „Nur einen Augenblick sitzen", dachte ich mir, setzte mich und döste für einige Augenblicke mit geschlossenen Augen vor mich hin.

Plötzlich baute sich der Steiger vor mir auf und brüllte mich an, ob ich „das süße Leben auf der Zeche in vollen Zügen genießen" würde und putzte mich nach Strich und Faden herunter. Doch das stärkste kam erst noch. Immer wieder schrie er: „Das kostet 10 Mark! Das kostet 10 Mark!" Und tatsächlich ist es so, daß ein Kumpel bei jedem kleinen Vergehen vom Betrieb zu einer Geldstrafe „verurteilt" werden kann, die ihm dann am Monatsende abgezogen wird.

Es ist wie bei der Zwangsverpflichtung beim Barras – nur das dort neben Geldstrafen bei Vergehen auch noch „Bau" verhängt werden kann. Das Beispiel aus unserem Streß zeigt, wie wir Arbeiter im Kapitalismus entrechtet sind und daß es im Kapitalismus nur ein „Recht" gibt: Das Recht der Kapitalisten, uns ohne Rücksicht auf Erschöpfung Gesundheit und Leben bis zum Letzten auszubeuten.

Wenn Schering "für die Zukunft" baut

Für meine Abteilung kündigte sich der Umzug in das neue Verwaltungshochhaus, Ecke Müllerstr./Sellerstr. durch eine aufwendige Broschüre der Geschäftsleitung an, in der die Vorzüge des neuen Hochhauses angepriesen wurden. Für uns aber heißt es erst einmal, unsere gesamten Akten selbst zu packen und die schweren Kartons zum Sammelpunkt zu bringen.

Für die pompöse Eingangshalle wurden jedoch keine Kosten gescheut: Der eigens im Iran gewebte Teppichboden kosten 870 000 DM, das entspricht bei einer Fläche von 2 000 qm (so groß ist die Eingangshalle!) einem Quadratmeterpreis von 450 DM.

Repräsentation ist eben alles und die Bonzen wissen, was man Glanz und Ansehen des Firmennamens schuldig ist. Da Fragt man sich: Wem dient dies? Den Werktätigen etwa, die zweimal am Tag die Halle auf dem Weg zu ihrem Arbeitsplatz durcheilen?

Der Eindruck von Großzügigkeit verfliegt jedoch schnell, wenn man die Büros der angeblich so „geschätzten Schering-Mitarbeiter' betritt, die eher das Ausmaß von Zellen haben. Die Fenster lassen sich natürlich nicht öffnen, dafür gibt es zum Ärgernis der Leute eine Klimaanlage. Sie zeichnet sich nämlich durch ständiges Gebrumme und durch Wechsel von kalt auf warm aus. In diesem Zusammenhang ein Wort zu den Fensterputzern: Auch hier haben die Schering-Kapitalisten nicht dasselbe Maß an Großzügigkeit bei der Anschaffung der Gondel angelegt, wie bei ihrer Eingangshalle. Die Gondel, die die Fensterputzer bei ihrer Arbeit von außen benutzen müssen, ist eine der billigsten Ausführungen und bei ihrer Benutzung ist die Sicherheit nur bis zu Windstärke 3 gewährleistet. Dabei ist im 15. Stockwerk schon bei fast windstillem Wetter Windstärke 3 überschritten. Der Satz aus der Schering-Broschüre zum neuen Hochhaus läßt sich daher vervollständigen: Wenn Schering „für die Zukunft" baut, dann nicht für die Werktätigen.

Rot Front! Eine Schering-Angestellte aus Westberlin

Revisionistisches

„S"EW/D„K"P FÜR BEWAFFNUNG DER BOURGEOISIE

Die „Herstellung der inneren Sicherheit, der Schutz des Bürgers vor Verbrechen und steigender Kriminalität", das ist eine der Parolen, mit denen die Bourgeoisie den Werktätigen die Faschisierung des bürgerlichen Staatsapparates schmackhaft zu machen versucht. Die modernen Revisionisten der D„K"P und der „S"EW zeigen sich auch hier als ihre besten Lakaien und Diener, die die Entwaffnung der Arbeiter betreiben und für die Bewaffnung der Bourgeoisie gegen die Werktätigen kämpfen.

„Die Wahrheit", Zeitung der modernen Revisionisten der „S"EW in Westberlin, veröffentlichte am 12. Februar einen Artikel, in dem sie feststellte, daß in den USA in den letzten dreizehn Jahren die Zahl der Raubüberfälle um 256% und die Zahl der Morde um 116% gestiegen sind.

Wen klagen die modernen Revisionisten der „S"EW als die Schuldigen an? „Die Wahrheit": „Gegenwärtig befinden sich mehr als 40 Millionen Feuerwaffen in Besitz von US-Bürgern. Damit ist etwa jeder fünfte Einwohner des Landes bewaffnet." Die modernen Revisionisten setzen das Volk selbst, „jeden fünften Bürger" auf die Anklagebank, sie verschweigen, daß steigende Kriminalität und die wachsende Zahl von Verbrechen ihre Ursache im kapitalistischen System, in der Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen durch die Imperialisten haben. Sie verschweigen, daß die größten Gangster und Verbrecher die Imperialisten selbst sind. Diese ruinieren die Gesundheit der Werktätigen in den Betrieben, verseuchen und zerstören die Umwelt, werfen lebensgefährliche Medikamente auf den Markt, haben den Tod all derer auf dem Gewissen, die in Arbeitsunfällen, hervorgerufen durch Rationalisierung und Arbeitshetze ihr Leben lassen mußten. An den Händen der amerikanischen Imperialisten klebt das Blut der Völker Indochinas, des chilenischen und anderer Völker. Ganz abgesehen davon wissen die modernen Revisionisten der „S"EW ganz genau, daß sich in den USA nach wie vor die Waffen in den Händen der Bourgeoisie befinden, die es niemals erlauben wird, daß sich auch nur „jeder fünfte" Bürger bewaffnet.

Die Werktätigen müssen sich bewaffnen, um die Bourgeoisie zu stürzen, ihre Entwaffnung ist aber für die Bourgeoisie und ihre Lakaien, die modernen Revisionisten lebensnotwendig. Wenn die modernen Revisionisten nun auf die Lüge antworten, „jeder fünfte Bürger ist bewaffnet", dann nur um warnend schreiben zu können: „Erwerb und Besitz von Waffen werden praktisch durch keinerlei gesetzliche Bestimmungen beschränkt . . ." Während die Revisionisten so auf der einen Seite nach einer verschärften Waffengesetzgebung schreien, um dem Volk den Zugang zu den Waffen noch mehr zu erschweren, fordern sie auf der anderen Seite die Verbesserung der Ausrüstung und Bezahlung der Polizei.

Die „UZ", Zeitung der D„K"P vom 18. März schreibt über die „Verbrechenswelle in Brasilien", daß ihre Ursachen in der geringen Bezahlung der Polizei liegen. Die Forderung, die faschistische Polizei des brasilianischen Regimes, die ihre hauptsächliche Aufgabe im Kampf gegen das Volk hat, besser zu bezahlen, ist unverblümt.

Offen zeigt sich, was wirklich hinter der Parole der modernen Revisionisten von „Demokratisierung" und „friedlichem Weg zum Sozialismus" steckt: Entwaffnung der Werktätigen; Befürwortung des „starken Staates" der Bourgeoisie; dem Faschismus den Weg zu bereiten.

Langes Warten, kein Geld, keine Arbeit

Arbeitsamt - Instrument zur Unterdrückung der Arbeitslosen

Ich arbeite seit einem halben Jahr als Aushilfsangestellter beim Arbeitsamt. Vor kurzem wurde ich in die Arbeitslosengeld-Abteilung versetzt. Hier kann ich nun jeden Tag erleben, was es heißt, in einem „Sozialstaat" zu leben.

Es fängt damit an, daß jeden Morgen 50-80 Arbeitslose vor dem Auskunftzimmer und der Antragsannahme stehen. Wartezeiten von 4 Stunden sind normal. Jeden Tag werden ca. 10 Leute ohne Auskunft wieder nach Hause geschickt, weil das Arbeitsamt um Punkt 12 Uhr geschlossen wird. Damit unter den Wartenden keine „Unruhe" entsteht, ist ein Ordner eingestellt worden, der unter anderem auch verhindern soll, daß dort Flugblätter verteilt werden und kommunistische Agitation und Propaganda gemacht wird.

Die Bourgeoisie versucht uns immer weiszumachen, daß es heute ganz anders ist, wenn jemand arbeitslos wird. Sie sagt, niemand braucht mehr Hunger zu leiden und das Elend der 20er und 30er Jahre würde nicht mehr wiederkommen. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Ich habe schon mit zig Arbeitslosen gesprochen, die keinen Pfennig (im wahrsten Sinne des Wortes) mehr in der Tasche haben. Sie haben zum Teil seit 2-3 Tagen nichts mehr gegessen, weil die Bürokratie und der Staat ihnen seit Wochen oder Monaten ihr Geld nicht auszahlen will.

Die ganze Prozedur des Antragstellens und -bewilligens ist dazu da, die Leute zu betrügen. Antrag auf Arbeitslosengeld, Wiederbewilligungsantrag, Antrag auf Unterhaltsgeld, Überbrückungsbeihilfe, Antrag auf Arbeitslosenhilfe usw. Kein normaler Mensch kann durch diesen Papierkram der Bürokratie hindurchfinden, und so gehen den Arbeitslosen oft Hunderte von Mark verloren.

Falls man es doch geschafft hat, sich durch die Berge von Formularen zu arbeiten, muß man damit rechnen, eine 4wöchige Sperrzeit für das Arbeitslosengeld zu bekommen. Hierbei arbeiten die Kapitalisten direkt mit ihren Vertretern in der Arbeitsamt-Bürokratie zusammen. Sie geben auf den Arbeitsbescheinigungen an, daß man den „Betriebsfrieden gestört" hat, daß eine „vertrauensvolle Zusammenarbeit" nicht mehr möglich ist, daß man bei der Arbeit „gebummelt" hat, daß man den Anforderungen nicht gerecht wurde oder ähnliches. Auf diese Art und Weise habe man die Arbeitslosigkeit grob fahrlässig herbeigeführt und das Geld wird nun gesperrt. Wovon die Arbeitslosen und ihre Familien leben sollen, interessiert sie nicht. Im Gegenteil haben sie die Unverschämtheit zu behaupten, daß die Arbeitslosen selbst an ihrer Lage schuld sind. Das Sozialamt zahlt in solch einem Fall keinen Pfennig, denn das Arbeitsamt ist ja „zuständig". Oft kommen Kollegen zu uns, die ganze 200 DM Arbeitslosengeld im Monat kriegen. Das Sozialamt weigert sich, sie zu unterstützen und schickt sie zum Arbeitsamt. Hier wird ihnen nun gesagt, daß sie aufgrund der Tabellen keinen höheren Anspruch haben. Sie wissen nicht, wovon sie leben sollen und äußern oft in ihrer Verzweiflung Selbstmordabsichten. Hier ist es unsere Aufgabe als Kommunisten, den Kollegen klarzumachen, daß es der Kapitalismus ist, der die Leute krepieren läßt, und daß die Kapitalisten für ihren Profit über Leichen gehen. Wir müssen ihnen zeigen, daß es falsch ist zu resignieren, sondern wir müssen kämpfen, organisiert zusammen kämpfen für ein System ohne Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit und Hunger, für den Sozialismus.

Um die Arbeitslosen vom organisierten Kampf abzuhalten, hat man sich mehrere Tricks ausgedacht. Hierzu gehören die Umschulungs- und Fortbildungskurse für die älteren Kollegen und zusätzliche Bildungsmaßnahmen für Hauptschulabgänger und Lehrlinge. Diese Maßnahmen dienen lediglich dazu, die Kollegen von der Straße und vom Kampf fernzuhalten. Ihnen wird vorgegaukelt, daß sie nach einem Kursus größere Chancen im Beruf hätten. Wie es wirklich aussieht, hat mir ein Umschüler geschildert. In seiner Gruppe wurde, welche Ironie, ein Dreher zum Schlosser und ein Schlosser zum Dreher umgeschult. Außerdem erzählte er mir, daß einige die Umschulungsmaßnahme abbrechen mußten, weil sie z. T. seit 14 Wochen kein Geld vom Arbeitsamt haben.

Die ausländischen Kollegen, die im Betrieb die schwersten und dreckigsten Arbeiten machen müssen, sind auch durch die Entlassungen am schwersten betroffen. Oft wird ihnen, wenn sie arbeitslos sind, sofort die Arbeitserlaubnis entzogen, und sie müssen wieder in ihr Heimatland zurück, wo sie ebenfalls Arbeitslosigkeit erwartet. Dies wird zynisch „Vorrangigkeit der Bereitstellung von Arbeitsplätzen für Deutsche" genannt. Oft wird aber auch ihre Aufenthaltserlaubnis verlängert, während die Behörden ihnen die Arbeitserlaubnis vorenthalten. In diesem Fall bekommen sie natürlich auch kein Arbeitslosengeld. Wenn die ausländischen Kollegen das Rentenalter erreicht haben, bringen sie für die Kapitalisten keinen Profit mehr und sind somit in der DBR unerwünscht. Es bleibt ihnen auch gar keine andere Möglichkeit, als wieder in ihre Heimat zu fahren, weil sie entweder überhaupt keine oder eine lächerlich niedrige Rente kriegen würden. Daß sie jahrelang die Rentenversicherungsbeträge bezahlen müssen, versteht sich von selbst. Besonders betrogen werden sie, wenn sie bei Schwindelfirmen illegal arbeiten. So erzählte mir ein jugoslawischer Kollege, daß er über ein Jahr bei solch einem Unternehmen tätig war. Plötzlich ging die Firma pleite, die beiden Chefs verdrückten sich mit einem Batzen Geld nach Mallorca, und die Arbeiter waren um mehrere Monatslöhne geprellt. Es kommt aber noch schlimmer: Weil die Firma pleite war, stellte niemand den arbeitslosen Kollegen die Arbeitsbescheinigungen aus, die man beim Bezug von Arbeitslosengeld vorweisen muß. Das bedeutete aber, daß sie auch vom Arbeitsamt kein Geld bekamen. Der Kollege war sehr empört und meinte, daß man das Arbeitsamt mitsamt seiner ganzen Bürokratie in die Luft sprengen müßte.

Ein Hauptproblem für die ausländischen Kollegen ist, durch den ganzen Formularkram hindurchzufinden. Die wenigsten beherrschen die deutsche Sprache gut genug, und die anderen sind auf den Dolmetscher angewiesen. Für tausende von arbeitslosen Kollegen gibt es aber nur einen Dolmetscher der Arbeiterwohlfahrt, der außerdem noch viele andere Aufgaben zu bewältigen hat. So wissen die Kollegen oft nicht, daß sie es dem Arbeitsamt melden müssen, wenn sie krank werden, und daß sie einen Wiederbewilligungsantrag stellen müssen, wenn sie wieder gesund sind. Sie kommen dann oft Wochen später zum Arbeitsamt, weil sie kein Geld mehr bekommen haben und müssen dann feststellen, daß sie für diese Zeit auch keine Nachzahlung kriegen, sondern daß das Geld für sie futsch ist.



Arbeitslosigkeit — ein Grundübel des Kapitalismus. Bild: Arbeitslose im Arbeitsamt Hannover

Wenn man sieht, daß die Kollegen zu hunderttausenden und Millionen von den Kapitalisten rücksichtslos auf die Straße geworfen werden; wenn man dann sieht, wie die Vertreter der Kapitalisten im Staatsapparat alles daransetzen, sie um die paar lumpige Mark an Arbeitslosenunterstützung zu betrügen, so daß die Kollegen sich und ihre Familien kaum ernähren können, dann ist es unsere Aufgabe den Kollegen dabei zu helfen, daß sie erkennen, daß dieser Staat der Staat der Kapitalistenklasse ist. Hier kann nichts „reformiert" werden. Hier kann man nicht fordern, daß die Arbeitsämter von den Arbeitern selbstverwaltet werden, wie es der „K"BW macht. Hier darf man auch nicht in der Hauptsache einzelne besonders üble Bürokraten angreifen, wie es die GRF macht. Wir müssen den Kollegen klarmachen, daß dieser Staatsapparat restlos zerschlagen werden muß, wenn man ein System ohne Krisen und Arbeitslosigkeit aufbauen will.

Rot Front! Ein Genosse vom Arbeitsamt.

Vom Aufbau des Sozialismus

NEUE EISENBAHNLINIE FIER-BALLSH VON DER ALBANISCHEN JUGEND FERTIGGESTELLT

Am 9. März wurde die 25 km lange Eisenbahnlinie Fier-Ballsh eingeweiht. Sie war wie fast alle Eisenbahnlinien des Landes von freiwilligen Jugendlichen gebaut worden. 22 000 haben sich im Verlauf der Bauzeit an den Arbeiten beteiligt.

Zum Tage der Einweihung waren tausende Werktätige sowie Mitglieder der Kooperativen aus Fier und den umliegenden Dörfern gekommen und mit ihnen Jungen und Mädchen, die am Bau der Linie mitgearbeitet hatten. Erschienen waren zu der Versammlung auch chinesische Spezialisten, die an dem neuen Industrieprojekt arbeiten, das im Kreis Fier errichtet wird.

Die Teilnehmer begrüßten enthusiastisch die Ankunft des ersten Zuges von Fier, in welchem auch Genosse Hysni Kapo, Mitglied des Politbüros und Sekretär der Partei der Arbeit Albaniens zusammen mit anderen führenden Persönlichkeiten des Staates und der Partei zu der Versammlung kam. Unter großem Jubel der Anwesenden durchschnitt Genosse Hysni Kapo das Band zur Freigabe der Eisenbahnlinie.

In einer Rede sagte Genosse Hysni Kapo unter anderem: „Die Partei widmete und widmet den Aufgaben der Jugend große Aufmerksamkeit, weil sie — wo immer sie lebt und arbeitet — einen hohen revolutionären Geist entfaltet und ihn bis in jeden Winkel Albaniens trägt. Unsere Jugend, geführt von der Partei, erzogen mit ihrer Linie und ihrer leuchtenden Ideologie, mit den Lehren des Genossen Enver Hoxha, spielt heute auf allen Gebieten unserer Revolution die erste Rolle. Wie die ganze Arbeiterklasse und unser ganzes Volk fühlt sie sich als Herr des Landes, als Herr ihrer Geschicke. Sie führt ein glückliches und frohes Leben. Sie blickt vorwärts voll Optimismus und Vertrauen auf die glückliche Zukunft, die sie mit ihren besten Ideen, mit goldenen Händen und stahlhartem Willen erbaut unter der sicheren Führung unserer geliebten Partei."

Genosse Hysni Kapo fuhr fort: „Wie sehr unterscheidet sich das Leben unseres Volkes und unserer Jugend von dem der Werktätigen und Jugendlichen in den kapitalistischen Ländern, in denen das System der Unterdrückung und der Ausbeutung, der Militarisierung und Faschisierung, der tiefen ökonomischen, geistigen, politischen und sozialen Krise auf den Schultern und Bewußtsein der Jugendlichen lastet.

Abschließend sagte Genosse Hysni Kapo: „Die Partei hat ein tiefes und unerschütterliches Vertrauen in ihre heroische, treue, kluge und geschickte Jugend. Alles, was die Partei ihr anvertraut hat, hat sie ehrenvoll durchgeführt. Aus diesem tiefen und unerschütterlichen Vertrauen heraus hat die Partei und ihr Zentralkomitee erneut unsere heroische Jugend mit einer anderen großen Aufgabe betraut: dem Bau der 28 km langen Eisenbahnlinie Prrenjas-Gur i Kuq und dem 27,5 km langen Eisenbahnnetz innerhalb des metallurgischen Kombinats. Laßt diese zwei Taten zu einem neuen Ausdruck des sozialistischen Patriotismus, der unbeugsamen Entschlossenheit unserer wunderbaren Jugend, der unnachgiebigen Treue zur Linie der Partei und den Lehren Enver Hoxhas werden."

Die Rede des Genossen Hysni Kapo wurde oft unterbrochen durch Beifall und Zustimmung der Anwesenden, die einmal mehr ihre tiefe Liebe und Dankbarkeit gegenüber der Partei und Genossen Enver Hoxha zum Ausdruck gebracht haben.

Gründungsveranstaltung der RHD am 22.3.75 in Hamburg

Redebeitrag des Genossen Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML

Liebe Freunde der Roten Hilfe Deutschlands, liebe Genossen!

Ich danke Euch recht herzlich, daß Ihr mir die Gelegenheit gebt, anläßlich eines so wichtigen Ereignisses wie der öffentlichen Wiedergründung der Roten Hilfe Deutschlands das Wort zu ergreifen. Ich spreche hier praktisch in doppelter Eigenschaft. Einmal als Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, also als Gast unserer Veranstaltung, zum anderen aber auch als Mitglied der Roten Hilfe Deutschlands. Das heißt natürlich nicht, daß ich mich irgendwie zweiteilen könnte, daß mein Standpunkt als Mitglied der KPD/ML im Widerspruch stünde mit meiner Mitgliedschaft in der Roten Hilfe Deutschlands. Im Gegenteil, als Kommunist ist es meine proletarische Pflicht, Mitglied der RHD zu sein, um mit ihr am Kampf gegen die zunehmende politische Unterdrückung des werktätigen Volkes durch seine Peiniger und Ausbeuter, der sich verzweifelt gegen ihren unausweichlichen Untergang wehrenden Kapitalistenklasse, teilzunehmen.

Als Vorsitzender der KPD/ML möchte ich Euch, den hier Versammelten und darüber hinaus allen Rote Hilfe-Mitgliedern die herzlichen, brüderlichen Kampfesgrüße unserer revolutionären Partei und ihres Zentralkomitees übermitteln. Die Wiedergründung der Roten Hilfe Deutschlands ist ein weiterer entscheidender Schritt auf dem Weg unserer Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung, für die Errichtung eines vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschlands.

Liebe Freunde, liebe Genossen!

Ich möchte nicht das wiederholen, was der Vertreter der RHD hier ausführte. Ich möchte nur einige Aspekte seiner Rede vertiefen bzw. neue Gesichtspunkte hinzufügen.

Wie wir als Mitglieder der RHD wissen, ist unsere Organisation im Kampf zweier Linien in der Zurückweisung falscher Ansichten und Auffassungen über die Rote Hilfe als einer Massenorganisation, als einer Organisation der Solidarität mit den Revolutionären, mit den gegen Ausbeutung und kapitalistische Diktatur kämpfenden Kräften unseres Volkes entstanden. Wir haben in diesem Kampf die Auffassung jener bürgerlichen und kleinbürgerlichen Elemente zurückgewiesen, die die Rote Hilfe sozusagen als eine „Knastologenhilfsorganisation" betrachteten, die mit ihrer Forderung „Freiheit für alle Gefangenen" keinen Unterschied machten zwischen politischen Gefangenen und lumpenproletarischen Elementen.

Diese Auffassung, wie sie heute noch in einigen Zirkeln und anarchistischen Organisationen wie der „Schwarzen Hilfe" vertreten wird, beruht offensichtlich auf Marcusischen Überbleibseln der revolutionären Studentenbewegung, auf der Theorie, die nicht die Arbeiterklasse, sondern die Studenten bzw. Randgruppen der Gesellschaft wie eben das Lumpenproletariat als die revolutionäre Kraft betrachtet, die bereit ist, die Gesellschaft auf revolutionäre Weise umzugestalten.

In anderer Form drückt sich diese Auffassung auch heute noch in einigen studentischen Zirkeln aus, für die sich ein, nach ihrer Auffassung, „echter Arbeiter" dadurch auszeichnet, daß er ungewaschen, mit zerrissener Kleidung umherläuft oder recht oft Scheiße sagt. Haben sie solch einen „Arbeiter" entdeckt, fallen sie über ihn her, um ihn als Renommierproletarier, als Aushängeschild, als Beweis für den proletarischen Charakter ihrer Organisation der Öffentlichkeit vorzuweisen. Wobei es ihnen egal ist, was dieser „Arbeiter" an Weisheiten und mögen sie noch so revisionistisch sein, von sich gibt. Sie handeln wie Leute, die, wie Stalin einmal sagte, staunend den Hintern des Proletariats betrachten. Begegnen sie aber einmal einem klassenbewußten oder gar marxistisch-leninistisch gebildeten Arbeiter, sehen sie in ihm keinen Arbeiter mehr, sondern einen Konkurrenten, der ihnen die angemaßte Führung der Arbeiterklasse streitig machen will. Trägt er gar einen Schlips oder hat kurze Haare, so ist ihnen völlig klar, daß es sich bei ihm nur um einen völlig verbürgerlichten Arbeiter oder gar um einen Faschisten handeln kann. Sie selbst aber, kaum haben sie mal in einen Betrieb hineingerochen, betrachten sich schon als waschechte Proletarier und treten als solche auf. Doch sie können gewiß sein, das Proletariat weiß sehr wohl zwischen echten und selbstgestrickten Proletariern zu unterscheiden.

Warum, Freunde und Genossen, ist diese Unterscheidung zwischen Proletariat und Lumpenproletariat für uns heute so äußerst wichtig? Weil auch in unserer Organisation in dieser Frage noch keine völlige Klarheit herrscht. Sicher, die Auffassung, die Rote Hilfe als eine caritative Organisation zur Betreuung von Strafgefangenen zu betrachten, wurde zurückgewiesen. Doch immer noch herrscht, vor allem unter unseren intellektuellen Freunden und Genossen, eine Tendenz zur Unterschätzung der Gefährlichkeit der lumpenproletarischen Schichten der kapitalistischen Gesellschaft. Gerade jetzt, wo die Vertreter der Bourgeoisie wie kürzlich anläßlich der Sicherheitsdebatte im Bundestag öffentlich angekündigt haben, verstärkt die revolutionären Organisationen, also auch die ROTE HILFE, mit ihren Agenten und Provokateuren zu unterwandern, ist besondere Wachsamkeit am Platze.



Genosse Ernst Aust auf der Veranstaltung der RHD. Weiterhin sprachen die Genossen Bernd Reiser, Mitglied der Zentralen Leitung der RHD und Michael Banos, ehemaliger Presseverantwortlicher der RHD.



Ca. 600 Menschen nahmen an der Demonstration zur Gründung der RHD teil.

Das Lumpenproletariat rekrutiert sich aus verkommenen Elementen aller Klassen, also nicht nur des Proletariats, aus Vagabunden und Gammlern, Verbrechern und Prostituierten, Müßiggängern und Rowdies u. ä. Dieses Gesindel ist, wie Engels sagte, absolut käuflich und wird daher oft von der Reaktion zum Beispiel als Streikbrecher, Agenten, Provokateure in Dienst genommen. Wir haben es am Fall Ruhland gesehen. Und dieser Fall wird bestimmt nicht der letzte sein. Zumal die Bourgeoisie sich bemüht, den sogenannten Kronzeugen, also den Verräter vom Dienst, dem man Straffreiheit eine Belohnung und falschen Paß sichert, auch bei uns einzuführen.

Es ist ja nicht so, daß wir nicht wüßten, daß die Ursachen der Verbrechen, all dieser lumpenproletarischen Erscheinungen, der Kapitalismus ist, daß wir solchen Menschen, wenn sie zu uns kommen, die Tür weisen, sondern daß wir versuchen, ihnen die Zusammenhänge ihrer Not, ihres Elends zu erklären. Doch uns mit ihnen einlassen, sie organisieren können wir nicht. Oder wie sollte man beispielsweise die Prostituierten organisieren? Welche Forderungen sollten sie aufstellen? Nein, das Lumpenproletariat ist wie die Erfahrung bewiesen hat, eine Schicht käuflicher Menschen, die nicht imstande sind, sich zu den Höhen des proletarischen Kampfes emporzuschwingen.

Wohin man gelangt, wenn man nicht zwischen Proletariat und Lumpenproletariat unterscheidet, wenn man wie Marcuse die Randgruppen unserer Gesellschaft zum revolutionären Subjekt erklärt, sehen wir an den Führern der Gruppe Rote Fahne. Weil wir in unserem Wahlflugblatt in NRW unter anderem schrieben, daß „wir für Ordnung sind, eine sozialistische Ordnung ohne Krisen und Inflation mit stabilen Preisen und Löhnen, in einem Land ... in dem man wieder ohne Angst vor einem Überfall nachts durch menschenleere Parks gehen kann", schrieben sie, daß wir „im Stil der bürgerlichen Mobilisierung an reaktionärste kleinbürgerliche Instinkte" die Fragen des Schutzes „vor kriminellen Übergriffen" aufgriffen.

Nichts kann die Massenverachtung dieser selbsternannten Führer des Proletariats besser kennzeichnen als solche Sätze. Was sollen wir denn der Rentnerin, der ein Dieb ihre Geldbörse mit ihrer Monatsrente entriß, sagen? Nun wein' man nicht Oma, du bist halt ein armes Opfer der kapitalistischen Gesellschaft? Oder dem Kollegen, der von der Spätschicht nach Hause kommt und in der S-Bahn von Rowdies zusammengeschlagen wird, nur weil denen seine Nase nicht paßt? Nimm's nicht tragisch, Kollege, die Jungs haben halt in ihrer Kindheit eine autoritäre Erziehung genossen und dich nur als Vaterersatz zusammengeschlagen?

Nein, wir werden sagen, daß das Verbrechen zum Kapitalismus gehört, wie der Deckel zum Topf. Daß man es nur beseitigen kann, indem man den Sozialismus erkämpft, daß Gangster und Gauner Feinde des Volkes, des Sozialismus sind. Wir halten uns an Lenin, der sagte:

„Für diese Feinde des Volkes, für diese Feinde des Sozialismus und der Werktätigen darf es keine Schonung geben. Kampf auf Leben und Tod gegen die Reichen und ihre Kostgänger, die bürgerlichen Intellektuellen, gegen Gauner, Müßiggänger und Rowdies. Die einen wie die anderen, diese wie jene sind leibhaftige Brüder, Sprößlinge des Kapitalismus (. . .), einer Gesellschaft, in der Not und Elend Tausende und Abertausende auf den Weg des Rowdietums, der Bestechlichkeit, der Gaunerei stieß und sie aller menschlichen Züge beraubte (. . .) Die Reichen und die Gauner, das sind zwei Seiten ein und derselben Medaille, zwei Hauptarten von Parasiten, die der Kapitalismus großgezogen hat, sie sind die Hauptfeinde des Sozialismus . . ."

Überlassen wir es den GRF-Führern, klassenbewußte Arbeiter, die genauso fühlen und denken wie Lenin, als reaktionäre Kleinbürger zu bezeichnen. Kehren wir zum Thema zurück. **Wie wir wissen, fand im Kampf um die richtige Linie der RHD eine Zurückweisung weiterer falscher Ansichten statt; z. B. der falschen Ansichten derjenigen, die die ROTE HILFE zu einer Art Ersatzpartei machen wollten, die sich um alle möglichen Probleme wie um die Führung von Mietstreiks, der Hausbesetzungen usw. kümmern sollte. Dies drückte sich auch im früheren Programm- und Statutvorschlag aus, der sogar eine Art Parteistrafe für nicht folgsame RH-Mitglieder vorsah. Dies war eine Verkennung des Charakters der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS als Massenorganisation mit einer konkreten Zielsetzung, nämlich der Schaffung einer breiten Front der Solidarität mit allen im Kampf gegen des kapitalistische Ausbeutersystem stehenden und politisch verfolgten klassenbewußten Arbeitern und Revolutionären.** Nicht, daß die ROTE HILFE sich nicht um Probleme wie Mieterstreiks, Hausbesetzungen, des proletarischen Internationalismus (z. B. der Forderung nach gleichem Rechten für ausländische und deutsche Arbeiter) kümmern soll. Der Unterschied ist nur, daß sie es vom Standpunkt der Solidarität, des Schutzes der in diesem und anderen Kämpfen Verfolgten tut. Um es an einem Beispiel zu erläutern. Ihr wißt, daß auch heute schon viele Arbeiter die Notwendigkeit des aktiven, des revolutionären Kampfes gegen das kapitalistische Gesellschaftssystem erkennen. Doch viele von ihnen haben noch Angst. Da ist ihre Familie, die Frau und die Kinder. Was soll aus ihnen werden, wenn er im Kampf aus dem Betrieb fliegt, ins Gefängnis wandert? Verständlich, daß er sich Sorgen macht. Das ist die Realität. Hier einzugreifen, ist eine wichtige Aufgabe der ROTEN HILFE. Sie muß ihm die Sorge nehmen, die Gewißheit geben, daß er nicht mit dem Rücken zur Wand kämpft, daß hinter ihm eine Organisation steht, die dafür sorgt, daß, wenn er im Kampf verfolgt wird, durch die Solidarität der Tausenden die Existenz seiner Familie gesichert ist. Wenn man ihnen diese Sicherheit gibt, werden sich tausende neuer Kämpfer einreihen in die Front, die aktiv für den Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung und die Errichtung des Sozialismus kämpft.

Ein weiteres Problem, eine weitere Realität ist die, daß die breite Masse der Bevölkerung der Bundesrepublik über das ganze Ausmaß der zur Zeit schon herrschenden politischen Verfolgung und des Terrors sowie den Grad der Faschisierung nur wenig informiert ist. Der gesamte in dieser Frage völlig gleichgeschaltete bürgerliche Presse- und Informationsapparat steht unserem Kampf um die Verbreitung der Wahrheit gegenüber. Deshalb müssen wir wieder und wieder möglichst am konkreten nachprüfbaren Einzelbeispiel die bürgerliche Terrorherrschaft, den ständigen Abbau der demokratischen Rechte des Volkes entlarven.

Inzwischen wurden Programm und Statut der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS im Kampf gegen falsche sektiererische Auffassungen von der Rolle einer Massenorganisation verabschiedet. Dennoch gibt es einige ROTE HILFE-Mitglieder, die damit nicht zufrieden sind. Sie kritisieren, daß im Programm die KPD/ML erwähnt ist und zwar so, daß man daraus schließen könne, daß sie die Nachfolgeorganisation der revolutionären KPD und d i e kommunistische Partei der westdeutschen Arbeiterklasse sei. Das aber, so meinen sie, sei eine „Liquidierung des überparteilichen Charakters der RHD". Auf dieser Grundlage könne die RHD bestenfalls die „breitesten Sympathisantenkreise der KPD/ML organisieren." Damit würde „die RHD in der Konsequenz zu einer Massenorganisation der KPD/ML." Ich möchte vorausschicken, daß es den RHD-Mitgliedern natürlich unbenommen bleibt, in der einen oder anderen Frage anderer Meinung zu sein, solange sie sich an die Mehrheitsbeschlüsse, solange sie sich an die Beschlüsse ihrer übergeordneten Organe halten. Doch untersuchen wir die Vorwürfe. **Was den „überparteilichen Charakter" der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS betrifft, so heißt es im Programm klar und eindeutig: „Jedermann kann unabhängig von seiner Parteizugehörigkeit und über die Grenzen verschiedener Anschauungen hinweg Mitglied der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS sein, wenn er sich in die aktive revolutionäre Solidaritätsfront einreiht."** Damit ist die „Überparteilichkeit" der RHD prinzipiell gewahrt. Eine andere Frage ist jedoch, ob die RHD als parteilose Organisation „unabhängig" und „neutral" sein soll. Wenn sie das sein sollte, brauchten wir keine RHD. Dann könnten wir ja gleich in die „Amnesty International" eintreten. Wer das erreichen wollte, müßte schon alle Marxisten-Leninisten aus der RHD ausschließen.

Auch der Vorwurf, durch die Erwähnung der KPD/ML im Programm und zwar als die Organisation, die zur Zeit, wie die Fakten beweisen, den wütendsten Angriffen der Bourgeoisie ausgesetzt ist, würde die RHD in der Konsequenz zu einer Massenorganisation der KPD/ML machen, sticht nicht. Eine Massenorganisation der KPD/ML ist heute zum Beispiel die ROTE GARDE, die Jugendorganisation der KPD/ML. Sie erkennt die politische Linie der KPD/ML an und ist eng mit ihr verbunden.

Fortsetzung auf Seite 6

Interview mit dem Genossen Bernd Reiser

Zentrale Gründungsveranstaltung der Roten Hilfe Deutschlands

Am 22. 3. 75 fand in Hamburg die zentrale Gründungsveranstaltung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS statt. Aus diesem Anlaß stellten wir einem Mitglied der Zentralen Leitung der RHD, dem Genossen Bernd Reiser, einige Fragen über die Aufgaben und die Arbeit der RHD.

RM: Genosse Bernd, als im Januar die RHD gegründet wurde, da geschah das nicht vom grünen Tisch aus. Die Delegierten, die zur Gründungskonferenz gekommen waren, konnten teilweise bereits aus einer reichen Erfahrung als Rote Helfer in verschiedenen Ortsgruppen schöpfen. In welchem Geist hat die Rote Hilfe gekämpft und wird sie kämpfen?

Genosse Bernd: Seit einiger Zeit häufen sich die Angriffe der Bourgeoisie auf politische Gegner. Wir haben in unserer Zeitung zusammengezählt: nach einem noch sehr unvollständigen Überblick sind allein in den letzten fünf Monaten 228 Anklagen gegen Kommunisten und andere Revolutionäre neu erhoben worden. Hinzu kommen politische Entlassungen, Berufsverbote, Polizeieinsätze bei Demonstrationen usw. Ich selber wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil ich am Roten Antikriegstag 1972 gegen den imperialistischen Krieg demonstrierte. Alle diese Maßnahmen der Bourgeoisie haben das Ziel, die Kommunisten, die Revolutionäre von den Massen zu trennen, zu verhindern, daß ihre Ideen unter den Massen Fuß fassen. Alle diese Maßnahmen dienen schließlich und endlich dazu, die Herrschaft der Kapitalisten zu sichern und zu verhindern, daß sich die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen in der Revolution den Sozialismus erkämpfen. Diese Absicht der Bourgeoisie kann man nicht durch Appelle an die bürgerliche „Gerechtigkeit" und „Meinungsfreiheit" bekämpfen. Dazu braucht man eine revolutionäre Organisation, die die Solidarität der Massen mit den politisch Verfolgten organisiert. Diese Organisation ist die Rote Hilfe Deutschlands.

RM: Genosse, kannst Du uns an einigen Beispielen zeigen, wie die RHD ihre Aufgaben erfüllt?

Genosse Bernd: Nehmen wir den Genossen Sascha als Beispiel. Sascha, der in München geboren wurde und aufgewachsen ist, soll in den Iran abgeschoben werden. Um einen deutschen Kommunisten loszuwerden, nutzt die Bourgeoisie die Tatsache, daß Saschas Vater Perser ist, aus, um Sascha an das persische Henkerregime auszuliefern. Sascha ist deshalb, als er vor einem Jahr in einem Antikriegstagsprozeß in München zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, untergetaucht. Inzwischen steht Sascha zwar sogar nach dem bürgerlichen Gesetz ein deutscher Paß zu, aber nach wie vor kann nur die Solidarität unter den Werktätigen erkämpfen, daß Sascha in Deutschland bleibt. Die Rote Hilfe hat deshalb seit einem Jahr in München und auch an vielen anderen Orten Unterschriften für die sofortige Einbürgerung des Genossen Sascha gesammelt. In den Häusern, da, wo Rote Helfer arbeiten, auf Veranstaltungen, bei Informationsständen usw. Zusammen mit der KPD/ML und der ROTEN GARDE sind inzwischen über 20 000 Unterschriften gesammelt worden. Und ständig erreichen die Zentrale der RHD neue Resolutionen, die auf Rote Hilfe-Stammtischen und auf Veranstaltungen gesammelt werden mit Grüßen an Genossen Sascha.

Eine andere Aufgabe war und ist die Unterstützung der Genossen im Kölner Antifaschistenprozeß. Dieser Prozeß hat allein 50 000 DM gekostet. Es ist klar, daß dieses Geld weder von den betroffenen Genossen aufgebracht werden kann, noch etwa aus den eigenen Reihen der RHD. Das geht nur, wenn wir uns auf die spontane Bereitschaft der Massen, mit verfolgten Kämpfern Solidarität zu üben, stützen.

Ganz wichtig ist natürlich die Betreuung der politischen Gefangenen. Eine Reihe Roter Helfer steht in ständigem persönlichen Briefkontakt mit politischen Gefangenen. Die Genossen brauchen unseren moralischen Rückhalt. Sie brauchen die Berichte von den Kämpfen draußen, sie brauchen auch die Diskussionen mit Genossen über politische und ideologische Fragen. Die bürgerliche Justiz versucht uns dabei Steine in den Weg zu legen, wo es nur geht. Das fängt schon an bei den Laufereien, bis man endlich eine Besuchserlaubnis hat. Aber es gibt auch gezielte Maßnahmen gegen die Arbeit der RHD. So hat die RHD in Köln-Ossendorf, wo vier türkische Patrioten inhaftiert sind, Besuchsverbot. Dennoch werden mit Hilfe fortschrittlicher Menschen außerhalb der RHD diese Patrioten weiterhin besucht. Außerdem führte die Ortsgruppe der RHD eine Sammlung durch und konnte so einem der türkischen Patrioten ein Radio zur Verfügung stellen.

RM: Du hast von der großen Bereitschaft zur Solidarität mit den verfolgten Revolutionären gesprochen. Wer kann denn Mitglied in der RHD werden?

Genosse Bernd: In unserem Programm heißt es: „Jedermann kann, unabhängig von seiner Parteizugehörigkeit und über die Grenzen verschiedener Anschauungen hinweg, Mitglied der Roten Hilfe Deutschlands sein, wenn er sich in die aktive revolutionäre Solidaritätsfront einreiht." Was für uns zählt, ist die Tat, die rückhaltlose Solidarität mit verfolgten Revolutionären und Klassenkämpfern. Damit wirklich jeder bei uns mitmachen kann, ist unser Mitgliedsbeitrag auch ziemlich niedrig, nämlich mindestens 2 DM, worin der monatliche Bezug der „Rote Hilfe"-Zeitung eingeschlossen ist.

RM: Wenn Du sagst „Jedermann", gehören dazu dann auch Revolutionäre, die revisionistischen und opportunistischen Organisationen angehören?

Genosse Bernd: Auch für sie gilt: „Wir fragen dich nicht nach Verband und Partei, bist du nur ehrlich im Kampf mit dabei", wie es in einem alten Arbeiterlied heißt. Wir verlangen von diesen Genossen nicht, daß sie aus ihrer Partei austreten, bevor sie bei uns Mitglied werden können. Würden wir das tun, so würden wir diese Kollegen von uns stoßen, ihnen den Weg in die revolutionäre Front erschweren.

Andererseits wird es für alle ehrlichen Kollegen aus SPD, D„K"P oder einem der zahlreichen Zirkel früher oder später notwendig werden, mit der verräterischen Politik ihrer Führer zu brechen, wenn sie rote Hilfe leisten wollen. Vor allem wird es natürlich auch die D„K"P nicht dulden, daß eines ihrer Mitglieder die „Chaoten", wie sie gegen uns hetzen, gegen den Terror der Bourgeoisie unterstützt.

RM: Im Programm der RHD steht, daß alle verfolgten und in Not geratenen Revolutionäre und Klassenkämpfer von der RHD Hilfe erwarten können über die Grenzen verschiedener Anschauungen hinweg. Gewährt die RHD also auch z. B. verfolgten Genossen der GRF Unterstützung?

Genosse Bernd: Ja, ebenso wie wir den Hungerstreik der RAF-Gefangenen unterstützt haben. Wir haben z. B. Heinz Scholz in einem Brief unsere Hilfe angeboten. Unsere Münchner Ortsgruppe hat den Kampf für die im Antikriegstagsprozeß angeklagten Genossen verbunden mit dem Kampf für die Freiheit von Hanns Marzini. Schließlich werden alle diese Genossen nicht wegen ihrer opportunistischen Fehler von der Bourgeoisie verfolgt, sondern wegen der revolutionären Seite ihrer Ansichten und Handlungen. Das alles heißt natürlich nicht, daß wir auf die Kritik der falschen Ansichten der Genossen und auf den Kampf gegen das Spaltertum und den Verrat der Führer der opportunistischen Zirkel und der sogenannten „RH" e.V. verzichten.

RM: Du hast jetzt viel von der notwendigen Überparteilichkeit der RHD gesprochen. In Eurem Programm nehmt Ihr aber eindeutig Stellung für die KPD/ML. Bestimmte Leute meinen, daß sich das mit der Überparteilichkeit der RHD nicht verträgt.

Genosse Bernd: Überparteilichkeit und Parteilichkeit der RHD sind kein Widerspruch. Wir ergreifen Partei für die Unterdrückten, für die Revolution und für den Sozialismus. Darum schreiben wir natürlich auch in unser Programm, daß wir die KPD/ML, die die Vorhut der Arbeiterklasse in diesem Kampf ist, unterstützen. Wenn diese Freundschaft und enge Zusammenarbeit zwischen der KPD/ML und der RHD von der GRF und der „Roten Hilfe" e.V. angegriffen wird, dann versteckt sich dahinter ein Angriff auf unser revolutionäres Programm. Was ihnen nicht paßt, ist, daß die RHD klar für die gewaltsame Revolution eintritt und nicht den Kampf gegen „Übergriffe" der Polizei und der Justiz auf ihre Fahne schreibt, wie es GRF und „RH" e.V. tun. Das ehrlich zu sagen, sind sie aber offensichtlich zu feige.

Die Führer der „RH" e.V. wissen in Wirklichkeit natürlich sehr gut, daß die Gründung der RHD nicht „in aller Stille" und durch „die KPD/ML" geschah, wie sie behaupten. Die Gründung der RHD war vielmehr der Höhepunkt des Zusammenschlusses der revolutionären Rote Hilfe-Gruppen um das gemeinsame Programm. Der Höhepunkt des ideologischen Zusammenschlusses, der sich bereits in zwei zentralen Kampagnen im praktischen Kampf bewährt hatte: im Kampf nach dem Mord an Genossen Günter Routhier und in der Solidarität mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen.

Und wenn diese Leute behaupten, wir würden nur mit Angehörigen der KPD/ML Solidarität üben, so ist das, wie jeder ehrliche Mensch an der Praxis feststellen kann, gelogen. Während wir zum Beispiel in München mit Hanns Marzini solidarisch waren und das auch auf Veranstaltungen und Demonstrationen gezeigt haben, haben GRF und „RH" e.V. ihrerseits die Genossen vor und während des Antikriegstagsprozesses nicht unterstützt.

RM: Noch eine letzte Frage: Wie steht die RHD zum Marxismus-Leninismus?

Genosse Bernd: Der Marxismus-Leninismus ist eine umfassende Wissenschaft. Wir könnten die Massen nicht organisieren, wenn wir verlangen würden, daß jeder Rote Helfer tief in diese Wissenschaft eingedrungen ist. Aber der Marxismus-Leninismus ist kein Buch mit sieben Siegeln, nur was für „Experten". Seine grundlegenden Aussagen sind einfach und für jeden verständlich. Was ist denn die Kernaussage des Marxismus-Leninismus? Daß die Befreiung der Arbeiter nur durch die bewaffnete Revolution und durch die Errichtung einer neuen Ordnung erreicht werden kann, in der das Proletariat die politische Macht hat und die alten Ausbeuter unterdrückt werden. Jeder klassenbewußte Arbeiter kann das verstehen. Jeder Rote Helfer kann das verstehen. Diese Kernaussage ist auch im Programm der RHD enthalten und wir wollen, daß so viele Menschen wie möglich sie zur Grundlage ihres Kampfes machen. Die RHD kämpft auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und daran wird und muß sie auch festhalten, wenn sie nicht will, daß die Arbeiterklasse wie in Chile auf Irrwege geführt wird, die sie wehrlos dem blutigen faschistischen Terror ausliefern.

RM: Genosse Bernd, wir danken Dir für dieses Gespräch und wünschen der RHD bei ihrem Kampf alles Gute.

Gründungsveranstaltung der RHD

Redebeitrag des Genossen Ernst Aust

Fortsetzung von Seite 5

Daneben gibt es natürlich noch andere in ihrer überwiegenden Mehrheit parteilose Organisationen des Proletariats, wie z. B. Gewerkschaften, Genossenschaften, Kulturorganisationen, Mietervereinigungen usw. oder aber auch die RHD und die RGO, in denen Kommunisten arbeiten, um sie alle in einer Richtung den Klasseninteressen des Proletariats untergeordnet zu führen. Im Gegensatz zu den ersten Organisationen wie Genossenschaften, Mieterverbände usw., die bereits vor der Gründung der Partei da waren, sind die RGO, die RHD direkt durch Mitinitiative der Genossen der KPD/ML entstanden. Was natürlich nicht heißt, daß sie, wie auch die ersten der Leitung der Partei formal unterstellt sein müssen. **Es handelt sich nur darum, daß die Parteimitglieder, die diesen Organisationen angehören, als zweifellos einflußreiche Menschen alle Mittel der Überzeugung anwenden, damit die parteilosen Organisationen in ihrer Tätigkeit der Partei des Proletariats möglichst nahegebracht werden und freiwillig ihre politische Führung anerkennen.**

Deshalb sagt Lenin, daß die Partei die höchste Form der Klassenvereinigung der Proletarier ist", deren politische Führung sich auf alle anderen Formen der Organisation des Proletariats zu erstrecken hat. Deshalb sagt Stalin „ist die opportunistische Theorie von der „Unabhängigkeit" und „Neutralität" der parteilosen Organisationen . . . völlig unvereinbar mit der Theorie und Praxis des Leninismus."



Auf der Veranstaltung nach dieser Demonstration, an der ca. 800 Menschen teilnahmen, wurden 3 600 DM gespendet und 800 DM durch eine Tombola. Die Ortsgruppen der RHD spendeten insgesamt über 10 000 DM. Grußadressen verschiedener Organisationen wurden verlesen und ein Brief von Sascha Haschemi. Aufgebote verschiedener Ortsgruppen wurden verlesen; so hatte sich die Initiativgruppe Kassel vorgenommen bis zur Gründungsveranstaltung eine Ortsgruppe zu gründen, was sie auch schaffte und von einer Gründungsveranstaltung mit 40 Teilnehmern berichten konnte.

Nun, werden mir die Freunde, die die Kritik üben entgegenhalten, das mag ja vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus alles schön und richtig sein. Aber es sind ja eben auch Nicht-Marxisten-Leninisten oder Menschen in der RHD, die die KPD/ML als die revolutionäre Vorhutpartei des Proletariats nicht anerkennen. Die z. B. – und das sagen sie wörtlich – „in einem Zirkel organisiert sind", werden sich auf „der Grundlage dieses Programms" der RHD nicht anschließen. Überhaupt, die Genossen, „die den Zirkeln ehemals nahestanden oder noch immer nahestehen", sind es, die ihnen die größte Sorge bereiten.

Freunde, hier ist die Stoßrichtung verkehrt. Die Aufgabe der RHD muß es doch sein, sich tief in den Massen, vor allem den proletarischen, zu verankern. Sind die in den Zirkeln? Meint man, daß ein Genosse der GRF zu uns kommt, wo die doch ihre eigene ROTE HILFE e. V. haben? Wenn er kommt, dann, weil er in Widerspruch zu der Politik seiner eigenen Führung gerät, dann stört ihn auch nicht die Erwähnung der KPD/ML im Programm der RHD nicht mehr. Aber die breiten Massen, die wir für die Arbeit der RHD gewinnen müssen, wie kommen die denn? Z. B. über die praktische Solidarität. Eine Familie, die erfährt, daß ihr Nachbar, den sie als aufrechten, ehrlichen und kameradschaftlichen Menschen kennen, wegen seiner politischen Überzeugung verfolgt wird, wird sich empören. Sie gilt es, für die ROTE HILFE zu gewinnen. Aber meint ihr, sie würde gleich Programm und Statut voll anerkennen? Sich über alle darin angeschnittenen Fragen im Klaren sein? Das wäre doch an der Wirklichkeit vorbeigedacht. Nein, sie wird erst einmal ihr rotes Heftchen in den Geschirrschrank legen und ihren Beitrag zahlen, weil es ihrem Gerechtigkeitsempfinden widerspricht, daß Menschen ihrer politischen Überzeugung wegen verfolgt werden.

Oder eine andere Frage. Was meint ihr, was für die Massen das Wort „rot" im Namen der ROTEN HILFE bedeutet? Wer heute für „rot" ist, der stört sich auch nicht an der KPD/ML im Programm. Wer die KPD/ML im Programm streichen will, müßte auch logischerweise das Wort „rot" im Namen der RHD streichen. Ihr seht, worauf das hinausläuft.

Liebe Freunde und Genossen, wir sollten uns lieber jetzt der Praxis, dem Aufbau der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS zuwenden anstatt uns in nutzlose Diskussionen dieser Art zu verlieren. Überprüfen wir im Kampf anhand unserer praktischen Arbeit Statut und Programm. Sollten sich Änderungen als notwendig erweisen, so haben wir jederzeit die Möglichkeit, sie auf der nächsten zentralen Delegiertenkonferenz zu beschließen. Die Genossen der Zirkel aber gewinnen wir meiner Meinung nach am ehesten dadurch, daß sie sehen, daß sich unsere Organisation über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg am nachhaltigsten für die Verteidigung ihrer durch die Bourgeoisie verfolgten Genossen einsetzt. Schreiten wir fort auf dem begonnenen Weg. Die Unterschriftenkampagne anläßlich der geplanten Ausweisung des Genossen Sascha zeigt, wie breit schon heute die Front der Solidarität ist. Natürlich wird noch lange nicht jeder der weit über 20 000, der da seine Unterschrift gab, auch schon bereit sein, Mitglied der RHD zu werden. Doch nützen solche Kampagnen, uns immer tiefer in den Massen zu verankern und das Bewußtsein der notwendigen Solidarität mit der Vorhut des Proletariats zu verbreiten.

Es lebe die internationale Solidarität!

Vorwärts beim Aufbau der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS!

100 Jahre "Kritik des Gothaer Programms"

Eine Kampfschrift für die Diktatur des Proletariats

Vor 100 Jahren, von April bis Anfang Mai 1875, verfaßte Karl Marx die „Kritik des Gothaer Programms". Im Kampf gegen den Opportunismus der Lassaleaner entwickelt Karl Marx in dieser Schrift die grundlegende Haltung der Kommunisten zum Staat und weist wissenschaftlich nach, daß der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus nur durch die Diktatur des Proletariats möglich ist.

Die , Kritik des Gothaer Programms" ist eine der wichtigsten Beiträge zur Entwicklung der grundlegenden Fragen der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus, eine Kampfschrift, die – wie damals gegen die Verdrehungen und Verfälschungen der Lassaleaner – heute eine scharfe Waffe im Kampf gegen die Entstellung des Marxismus-Leninismus durch die modernen Revisionisten ist.

Die „Kritik des Gothaer Programms" gibt eine kritische Einschätzung des Programmentwurfs für die vereinigte Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands, die auf dem Einigungskongreß in Gotha gegründet wurde. Auf diesem Kongreß vereinigten sich die beiden damaligen deutschen Arbeiterorganisationan: die von Liebknecht und Bebel 1869 gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei – die sogenannten Eisenacher – und der lassalleanische Arbeiterverein, der von dem Opportunisten Lassalle gegründet worden war. Die Lassalleaner versuchten auf dem Einigungskongreß Lassalles opportunistische Phrasen und Losungen, die von Marx und Engels schon längst kritisiert und widerlegt worden waren, wieder in das Gothaer Programm hineinzubringen und verdrehten und revidierten unverfroren viele Thesen des Kommunistischen Manifests.

Nicht zufällig war dabei eine der wichtigsten Fragen die Haltung zum Staat; denn die Kernfrage der Revolution ist, ob die Arbeiterklasse den Gewaltapparat, mit dem die Bourgeoisie ihre Herrschaft aufrechterhält, zerschlägt oder nicht, ob das Proletariat seine Diktatur errichtet oder nicht. Daher versuchen die Opportunisten vor allem in dieser Frage – für die Bourgeoisie eine Frage auf Leben und Tod – Verwirrung zu stiften und die Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels zu verdrehen und zu verfälschen. Insbesondere wenn sich der Klassenkampf zuspitzt und das Proletariat sich zum Kampf um die Macht erhebt, versuchen die Opportunisten verstärkt, die Bewegung in dieser Frage zu desorientieren. So hatte in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts die proletarische revolutionäre Bewegung gegen die preußisch-militärische Herrschaft einen Aufschwung genommen und erschütterte die Diktatur der Bourgeoisie und der Junker im ganzen Reich. Der Verrat der Lassalleaner jedoch, die die Illusion verbreiteten, der Staat stünde über den Klassen, warf diese Bewegung zurück und nahm ihr die Stoßkraft. So waren es die Verräter der II. Internationale, die keine 50 Jahre später den Ansturm der deutschen Arbeiterklasse gegen Imperialismus und imperialistischen Krieg zurückwarfen, die Revolution von 1918 verrieten und das Proletariat mit der Illusion von der , demokratischen Republik" davon abhielten, die Rätemacht, die Diktatur des Proletariats zu errichten. Und ebenso verteufeln auch heute die modernen Revisionisten die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Diktatur des Proletariats und predigen in neuem Gewand den alten opportunistischen Plunder der Lassalle, Kautsky usw.: daß der Sozialismus über die Erringung der Mehrheit im bürgerlichen Parlament friedlich erreicht, der bürgerliche Staatsapparat übernommen werden könne. Die Führer des modernen Revisionismus, die Sowjetrevisionisten haben es in ihrem Verrat sogar dahin gebracht, die unbedingte Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats zu leugnen und ihre revisionistische Theorie vom „Staat des gesamten Volkes" aufzutischen, um auf diese Weise ihren Kampf gegen die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion, wie sie unter Lenin und Stalin herrschte, und die Restauration des Kapitalismus zu vertuschen. Sie haben heute die Sowjetunion in ein faschistisches Völkergefängnis und in eine aggressive sozialimperialistische Supermacht verwandelt.

Im Gothaer Programm leugneten die Lassalleaner den Klassencharakter des Staates und behaupteten, die deutsche Arbeiterpartei müsse für einen „freien Staat" kämpfen. Marx weist dies in seiner Kritik entschieden zurück: **„Die deutsche Arbeiterpartei – wenigstens wenn sie das Programm zu dem ihrigen macht – zeigt, wie ihr die sozialistischen Ideen nicht einmal hauttief sitzen; indem sie, statt die bestehende Gesellschaft (und es gilt das von jeder künftigen) als Grundlage des bestehenden Staates (oder künftigen für künftige Gesellschaft) zu behandeln, den Staat vielmehr als ein selbständiges Wesen behandelt, das seine eigenen ‚geistigen, sittlichen, freiheitlichen Grundlagen' besitzt."** In diesem knappen Satz faßt Marx die grundlegende Lehre des wissenschaftlichen Kommunismus über den Staat zusammen: der Staat ist nichts eigenständiges, von der Gesellschaft unabhängiges, sondern er hat seine Grundlage in der Gesellschaft, in der er besteht. Er ist bedingt durch die Klassengesellschaft: denn erst die Existenz von Klassen, die untrennbar verbunden ist mit der Herrschaft der einen über die andren, entwickelte sich auch das Gewaltorgan der jeweils herrschenden Klasse, der Staat: er ist geprägt durch den Klassencharakter der jeweiligen Klassengesellschaft. Wie der Feudalstaat ein Gewaltorgan der Feudalklasse war, so ist der bürgerliche Staat ein Gewaltorgan der bürgerlichen Klasse, um ihre Geschäfte zu leiten, um ihre Interessen als ausbeuterische Klasse zu verteidigen, um die ausgebeuteten Klassen durch Gewalt zu zwingen, sich den Gesetzen und Regeln der kapitalistischen Produktionsverhältnisse unterzuordnen, auf deren Grundlagen der bürgerliche Staat errichtet ist und existiert. Und wie der bürgerliche Staat das Gewaltorgan der herrschenden Bourgeoisie ist, so braucht das Proletariat, wenn es den Sozialismus errichtet, sein Gewaltorgan, seinen Staat, die Diktatur des Proletariats, um seine Interessen, die Interessen der breiten Mehrheit, im Bündnis mit den Bauern und den anderen werktätigen Schichten gegen die Bourgeoisie zu verwirklichen. Es kann seine Interessen nicht mit der Unterdrückungsmaschine der Bourgeoisie, die diese gegen die werktätigen Massen errichtet hat, verwirklichen, sondern es muß diesen Apparat zerschlagen. **Den Staatsapparat zu vernichten, bedeutet in erster Linie, die alte Armee zu zerschlagen und sie durch eine neue Armee des bewaffneten Volkes zu ersetzen, bedeutet die Polizeitruppen zu zerschlagen und durch eine Volkspolizei zu ersetzen, bedeutet, den gesamten bürokratischen Apparat zu liquidieren und an seine Stelle einen proletarischen Staatsapparat zu setzen, gebildet von ausgewählten Vertretern des Volkes, die Diener des Volkes sind.**

Die modernen Revisionisten – nicht anders als die Lassalleaner – aber verfälschen eben diese Lehre des Marxismus-Leninismus und behaupten, daß man auch innerhalb des bürgerlichen Staates die Interessen des Proletariats verwirklichen könne. In der Grundsatzerklärung der D„K"P heißt es: „Das politische Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterklasse und aller vom Monopolkapital unterdrückten Volksschichten zu ändern – das ist die entscheidende Kampfaufgabe. Das ist auch die wichtigste Bedingung für jeden demokratischen Fortschritt, für eine veränderte Zusammensetzung des Parlaments und seine Umwandlung aus einem Herrschaftsinstrument des Großkapitals in ein Organ der Volksinteressen." Und auf Knien vor der Bourgeoisie erklären die D„K"P-Revisionisten zu ihrer Partei: „Sie erstrebt einen Weg ohne Bürgerkrieg."

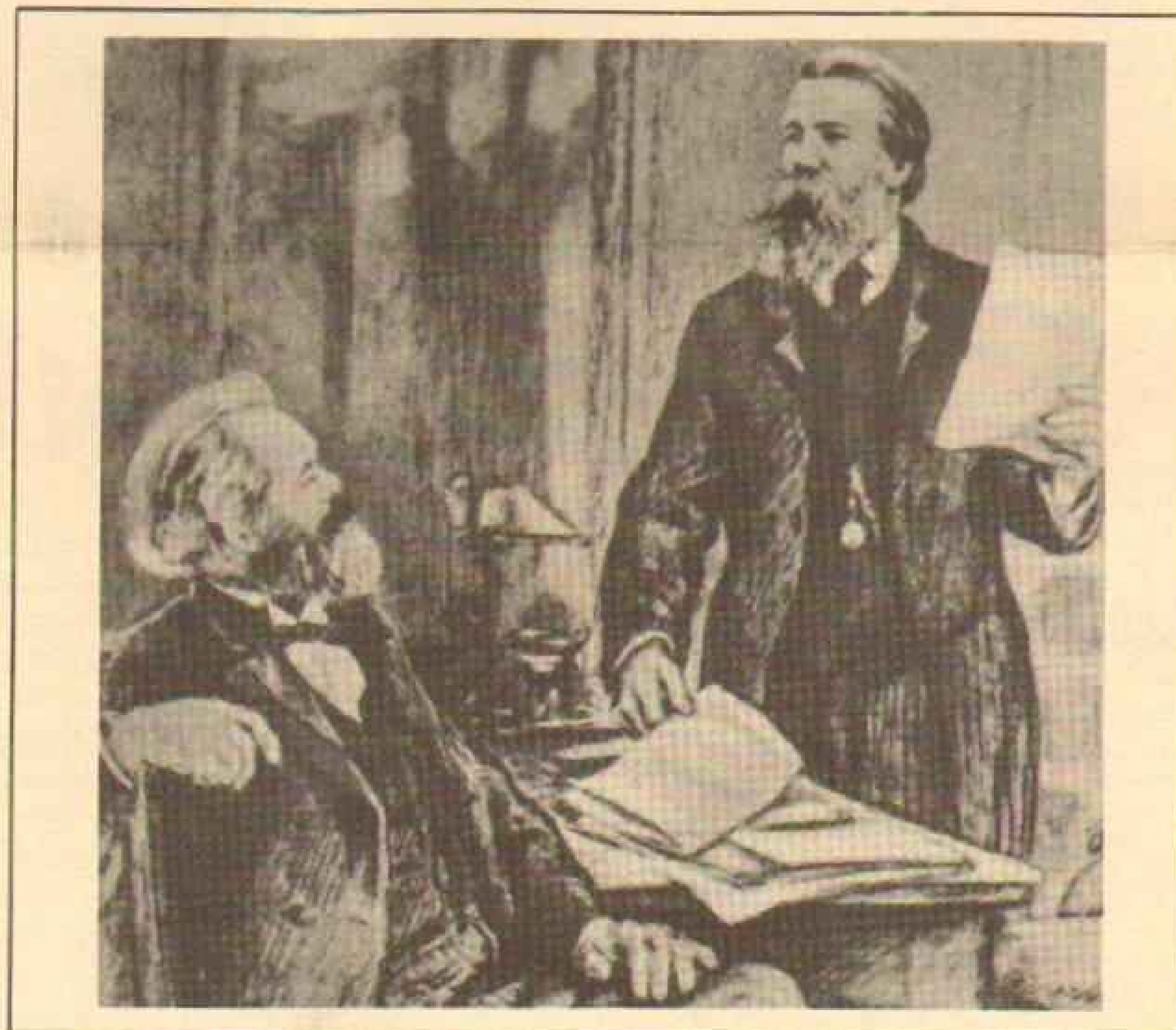
Wort für Wort ein Schlag gegen den Marxismus-Leninismus. Den Phrasen der modernen Revisionisten nach ist die Herrschaft des Proletariats über das bürgerliche Parlament zu erreichen, könne das Proletariat legal den kapitalistischen Staatsapparat in seine Hände bringen, um ihn dann Stück für Stück „absterben" zu lassen und ihn „Schritt für Schritt" zu verwandeln. Lenin, der im Kampf gegen die Reformisten und Opportunisten der II. Internationale, die die gewaltsame Revolution verleugneten, den Marxismus verteidigte und weiterentwickelte, betonte seinerzeit dagegen eindeutig, daß der bürgerliche Staat „ . . . durch den proletarischen Staat nicht durch sein ‚Absterben', sondern in der allgemeinen Regel nur durch eine gewaltsame Revolution ersetzt werden kann."** Und er geißelte scharf die Opportunisten, die die Illusion von der friedlichen Übernahme der Macht durch das Proletariat verbreiteten. In seinen Thesen über die Grundaufgaben des 11. Kongresses der Kommunistischen Internationale hob Lenin hervor: **„ . . . jede Meinung, die Kapitalisten würden sich auf friedliche Weise dem Willen der ausgebeuteten Mehrheit unterordnen, man könne friedlich mit Reformen in den Sozialismus hinüberwachsen, ist nicht nur eine große philisterhafte Torheit, sondern auch ein unmittelbarer Betrug der Arbeiter. Denn dies bedeutet die kapitalistische Sklaverei zu rechtfertigen und die Wahrheit zu vertuschen."**

Die Geschichte des Klassenkampfes unserer Tage bestätigt diese Lehre von Marx, Engels und Lenin und straft die modernen Revisionisten Lügen. Das tragische Ergebnis der Ereignisse in Chile, die die modernen Revisionisten stets als Musterbeispiel für den „friedlichen Weg" propagierten, zeigt eindringlich die Notwendigkeit, den bürgerlichen Staatsapparat zu zerschlagen, zeigt die Notwendigkeit, von vornherein der konterrevolutionären Gewalt die revolutionäre entgegenzusetzen. Die konterrevolutionäre Gewalt des bürgerlichen Staatsapparates gegen das Proletariat, das sich in immer stärkerem Maß zum Kampf erhebt, folgt gesetzmäßig aus der Klassenherrschaft der Bourgeoisie. Und deshalb ist auch die revolutionäre Gewalt, die gewaltsame Revolution, ein allgemeines Gesetz des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. **„Die Lobrede, die Engels auf die gewaltsame Revolution hält"**, stellt Lenen fest, **„und die den vielfachen Erklärungen von Marx durchaus entspricht (erinnern wir uns an den Schluß des ‚Elends der Philosophie' und des ‚Kommunistischen Manifests' mit der stolzen und offenen Erklärung, daß die gewaltsame Revolution unausbleiblich ist; erinnern wir uns an die Kritik des Gothaer Programms vom Jahre 1875, fast 30 Jahre später, in der Marx den Opportunismus dieses Programms schonungslos geißelte)) – diese Lobrede ist durchaus keine ‚Schwärmerei', kein polemischer Ausfall. Die Notwendigkeit, die Massen systematisch in d i e s e n , gerade in diesen Auffassungen über die gewaltsame Revolution zu erziehen, liegt der g e s a m t e n Lehre von Marx und Engels zugrunde."**

Die Frage des Staates, zeigt Marx in der „Kritik des Gothaer Programms", hängt aber nicht nur mit der Haltung des Proletariats gegenüber der Macht des bürgerlichen Staates zusammen, sondern sie steht auch in Verbindung mit der Frage der Haltung des Proletariats gegenüber der proletarischen Staatsmacht, der Diktatur des Proletariats. Auch in dieser Frage haben die modernen Revisionisten die Lehren von Marx vollständig verraten – und wie zum Hohn setzen sie nicht anders als damals die Lassalleaner an die Stelle des Kampfes für die Diktatur des Proletariats in ihrem Programm die verlogene und antimarxistische Theorie vom „Staat des ganzen Volkes".

Schon in der „Kritik des Gothaer Programms" spottet Karl Marx über die hohlen Phrasen vom „Volksstaat": **„Welche Umwandlung wird das Staatswesen in einer kommunistischen Gesellschaft erleiden? In anderen Worten, welche gesellschaftlichen Funktionen bleiben dort übrig, die jetzigen Staatsfunktionen analog sind? Diese Frage ist nur wissenschaftlich zu beantworten, und man kommt dem Problem durch tausendfache Zusammensetzung des Wortes Volk mit dem Wort Staat auch nicht um einen Flohsprung näher."** Und er fährt fort: **„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die r e v o l u t i o n ä r e D i k t a t u r d e s P r o l e t a r i a t s."**

Die These der Sowjetrevisionisten, die mit Chruschtschow behaupten, daß man auch ohne die Diktatur des Proletariats auskomme, ist offen antimarxistisch. Im Programm der „K"PdSU heißt es heute: „In der UdSSR ist die Diktatur des Proletariats nicht mehr notwendig. Der Staat, der als Staat der proletarischen Diktatur entstand, ist in der neuen, gegenwärtigen Etappe ein Staat des ganzen Volkes." Der wissenschaftlichen Analyse von Marx, Engels und Lenin, daß die Diktatur des Proletariats unerläßlich ist für die ganze historische Zeitspanne, die den Kapitalismus von der klassenlosen Gesellschaft, dem Kommunismus trennt, suchen die Sowjetrevisionisten mit Lügen auszuweichen: sie behaupten, daß es in der Sowjetunion keine feindlichen Klassen mehr gäbe, daß „niemand mehr unterdrückt werden muß, die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats entfällt".



Doch auch diese Auffassung hat Marx in seiner „Kritik des Gothaer Programms" schon widerlegt: **„Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage e n t w i k k e l t hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft h e r v o r g e h t , also in jeder Beziehung, ökonomisch, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt."** Das heißt also, daß auch nach dem Sturz der Bourgeoisie die Muttermale der alten Gesellschaft, des Kapitalismus bestehen bleiben und tausendfach mit dem Ziel wirken, die proletarische Herrschaft zu stürzen und wieder die alte Gesellschaft, den Kapitalismus, die Diktatur der Bourgeoisie zu errichten. Im Kampf gegen die Opportunisten der II. Internationale hat Lenin die Lehre von der unbedingten Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats für die **gesamte Epoche des Sozialismus** fortgeführt: **„Die Diktatur des Proletariats ist nicht die Beendigung des Klassenkampfes, sondern seine Fortführung in neuen Formen. Die Diktatur des Proletariats ist der Klassenkampf des Proletariats, das gesiegt und die politische Macht erobert hat, gegen die Bourgeoisie, die zwar besiegt, aber nicht vernichtet, nicht verschwunden ist, die nicht aufgehört hat, Widerstand zu leisten, gegen die Bourgeoisie, die ihren Widerstand verstärkt hat."** Dies, zumal die Diktatur des Proletariats nicht nur zur Sicherung gegen die inneren Feinde, die gestürzte Bourgeoisie notwendig ist, sondern auch hinsichtlich der ständigen äußeren Bedrohung durch die Bourgeoisie in den anderen Ländern: durch den Imperialismus, der mit allen Mitteln der Sabotage bis hin zum offenen Aggressionskrieg die Herrschaft der Arbeiterklasse in einem Lande bekämpft. **Solange nicht im weltweiten Maßstab die Ausbeuterklassen gestürzt, ihr Einfluß und dessen Grundlagen in einem langen, Generationen währenden Kampf völlig ausgerottet ist, solange kann keine Rede davon sein, daß der Klassenkampf in einem sozialistischen Land zu Ende, daß die Diktatur des Proletariats nicht mehr notwendig sei.**

Diktatur der Bourgeoisie oder Diktatur des Proletariats. **So steht die Frage, solange es noch Klassen gibt. Ein Mittelding, einen sogenannten „Volksstaat" gibt es nicht. Er ist eine Fiktion, eine Lüge der Bourgeoisie und der Revisionisten.** Das Proletariat kann offen zu seiner Diktatur stehen, denn es ist die Diktatur der breiten Mehrheit über die Minderheit der gestürzten Ausbeuter, bedeutet für die breiten Massen der Werktätigen Demokratie, Unterdrückung lediglich für eine Handvoll gestürzter Ausbeuter und feindlicher Elemente der Herrschaft des Proletariats. Es ist lediglich die Bourgeoisie, die den Klassencharakter ihres Staates zu verhüllen sucht, mit Worten wie „Volksstaat", „Staat des ganzen Volkes" usw., um zu vertuschen, daß im Kapitalismus eine Minderheit von Kapitalisten die breite Mehrheit bis aufs Blut ausbeutet und mit ihrer Diktatur, mit ihrem Staatsapparat gewaltsam unterdrückt. Eben das ist auch das Interesse der sowjetischen Sozialimperialisten. **Sie haben Lassalles revisionistischen Plunder vom „Volksstaat" aufgegriffen und in neuem Gewand verbreitet mit der Absicht, die Liquidierung der Diktatur des Proletariats und die Errichtung der bürgerlichen und faschistischen Diktatur durch die neue Bourgeoisie in der Sowjetunion wie in den anderen revisionistisch entarteten Ländern zu tarnen.**

Lassalle bezeichnete sich damals als „Revolutionär", spielte sich als „Führer" der Arbeiterklasse auf und nannte sich einen „treuen" Schüler von Marx. Tatsächlich aber griff er die revolutionäre wissenschaftliche Lehre von Marx und Engels auf infame Weise an. Er legte ein Lippenbekenntnis zum Sozialismus ab, machte aber im geheimen mit Bismarck und der ganzen Unterdrückerherrschaft gemeinsame Sache und verriet so die Arbeiterbewegung. Engels entlarvte Lassalle als einen konterrevolutionären Doppelzüngler: **„Den Sozialisten Lassalle begleitet der Demagoge Lassalle auf Schritt und Tritt."** Nicht anders die modernen Revisionisten. Auch sie nennen sich „treue" Schüler von Marx, doch nur, um auf diese Weise seine Lehren besser verfälschen und diskreditieren zu können, um die Arbeiterklasse in die Irre führen zu können, so daß der Kampf des Proletariats durch die Bourgeoisie in einem Meer von Blut ertränkt werden kann.

Trotz des revisionistischen Verrats aber zeigt sich, daß die Lehren von Marx und Engels, Lenin und Stalin über die Diktatur der Bourgeoisie und die Diktatur des Proletariats stärker sind als alle Demagogie der Verräter; zeigt sich, daß die Diktatur des Proletariats historisch unaufhaltsam ist. Heute blüht und entwickelt sich die Diktatur des Proletariats in der Volksrepublik China und der Volksrepublik Albanien unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas mit dem Genossen Mao Tsetung an der Spitze und der Partei der Arbeit Albaniens unter der Führung von Genossen Enver Hoxha. Sie haben im Kampf gegen die Verfälschung des Marxismus-Leninismus die Lehre von der Diktatur des Proletariats verteidigt und weiterentwickelt. Den Klassenkampf bis zu Ende führen, den Kampf zweier Linien ständig vorantreiben – gemäß dieser Linie festigt und stärkt sich die Herrschaft der Arbeiterklasse in diesen Ländern immer mehr und ist heute bereits zu einem unbezwingbaren Bollwerk des Sozialismus, der Weltrevolution geworden. Trotz des revisionistischen Verrats und im Kampf gegen ihn haben sich in vielen kapitalistischen Ländern neue marxistisch-leninistische Parteien gegründet, die an den Lehren des Marxismus-Leninismus konsequent festhalten und sie in die Tat umsetzen. In Westdeutschland ist im Kampf gegen die revisionistische Entartung der KPD sowie im Kampf gegen die D„K"P-Revisionisten die KPD/ML von den wahren Marxisten-Leninisten gegründet und aufgebaut worden.

Unter der Führung dieser Parteien, die Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao Tsetung und Enver Hoxha auf ihr Banner geschrieben haben, schreitet die revolutionäre Weltbewegung des Proletariats voran in Richtung des Kampfes um die Macht. In dieser historischen Schlacht um Leben und Tod – wie Karl Marx seinerzeit erklärt hat – sind der Sieg des Proletariats und die Zerschlagung des bürgerlichen Staates unvermeidlich.

Bombenanschlag auf "K"BW-Laden!

Fortsetzung von Seite 1

im Dunklen" könnte also bezeichnenderweise heißen „Polizei fegt im Dunkeln". Endlich, nach 45 Minuten emsigen Spurenbeseitigens, wurde die Aktivität von der Polizei plötzlich gestoppt. Kein Wunder, daß die Ermittlungen am nächsten Morgen mit Hilfe eines Leiterwagens der Feuerwehr in den Dachrinnen aufgenommen werden mußten. Auf dem Erdboden waren die Spuren durch die offensichtlichen Fehler im Vorgehen der Einsatzleitung weitestgehend beseitigt. Ruth Sommer, Kurt Sommer, Bremen."



Aber die Polizei versuchte nicht nur die Spuren der faschistischen Verbrecher, die zig Menschen in Gefahr gebracht hatten, zu vertuschen, sie unternahm sogar noch den Versuch, den faschistischen Anschlag revolutionären Kräften in die Schuhe zu schieben. Gegenüber Journalisten meinte nämlich Hartwig Gaus, stellvertretender Polizeipräsident von Bremen, verantwortlich für den Anschlag seien möglicherweise „links oder rechts angesiedelte" politisch radikale Gruppen, wobei ihm rechtsradikale Gruppen in Bremen nicht bekannt seien!

Angesichts dieser Tatsachen ist es nichts als ein scheinheiliges Manöver, wenn einen Tag nach dem Anschlag 2 000 DM Belohnung für Hinweise auf die Täter ausgesetzt wurden. **Wie schon beim Anschlag auf den Bremer Hauptbahnhof zeigt sich hier erneut, was von dem Gerede der Politiker über den „Schutz des Bürgers" zu halten ist.** Das Leben von einfachen Menschen und von Revolutionären ist in diesem kapitalistischen Staat überhaupt nichts wert. Wer es gefährdet, kann sogar noch mit aktiver Schützenhilfe der Polizei rechnen. Die Parole vom „Schutz des Bürgers" hat einzig und allein den Zweck, den weiteren Ausbau des Staatsapparates gegen das Volk und gegen die Revolutionäre und Kommunisten zu „rechtfertigen".

Fest steht auch bei diesem Anschlag, egal wer die Täter im einzelnen waren, daß er im Interesse des imperialistischen Staates ist, der gerade in den letzten Wochen eine ungeheure Hetzkampagne gegen die Marxisten-Leninisten und alle Revolutionäre entfacht hat. Wer angesichts dieses zunehmenden faschistischen Terrors wie der „K"BW jetzt in Bremen mit der völlig aus der Luft gegriffenen Begründung, die Massen seien im Moment nicht für den Kampf gegen solche Anschläge zu gewinnen, sich wie ein getretener Hund verkriecht und noch nicht einmal die Öffentlichkeit informiert, der zerrt die Massen im Kampf gegen den faschistischen Terror zurück. Kommunisten werden gerade angesichts solcher Terrorakte den Massen erklären, daß dieser Staat keine Demokratie ist, sondern eine Diktatur, von der sich die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen nur mit revolutionärer Gewalt, auf dem Weg der sozialistischen Revolution befreien können.

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

MÜNSTER

Am 11. 3. 75 fand vor dem erweiterten Schöffen-Amtsgericht in Münster ein Prozeß gegen zwei Genossen statt, die wegen Körperverletzung, Widerstand, versuchter Gefangenenbefreiung, Beleidigung, Verächtlichmachung, Volksverhetzung usw. angeklagt waren. Mit Hilfe dieser Paragraphen versucht die Bourgeoisie zwei Kommunisten zu bestrafen, die im Sommer des letzten Jahres gegen das Auftreten offener Faschisten und gegen die Entlassung einer kommunistischen Krankenschwester und gegen den Mord an Genossen Günter kämpften. Zum Prozeß waren rund 80 Freunde und Genossen gekommen. Weil sie während der Verhandlung gegen die Methoden des Staatsanwalts protestierten, ließ der Richter erst den Saal und dann das Gerichtsgebäude mit brutaler Gewalt räumen. Nach dem Ausschluß der Öffentlichkeit beschloß das Gericht die Anklage um den Paragraphen 90 a,3 zu erweitern und den Prozeß deshalb an die Staatsschutzkammer in Dortmund zu verweisen. Der § 90 a,3, der die Verfassungsmäßigkeit einer Partei behandelt, fällt aber eindeutig unter das Parteienprivileg und die Partei wird gegen diesen Angriff auf die Partei verstärkt den Kampf führen. Bereits am Abend nach dem Prozeß fand eine Solidaritätsveranstaltung statt, auf der 156 DM gesammelt wurden, die RHD Münster spendete weitere 300 DM zur Unterstützung des Kampfes.

MÜNSTER

Am 17. 3. 75 fand in Münster ein Prozeß gegen die kommunistische Krankenschwester Ute und zwei Sympathisanten der GRF statt. Sie sollen angeblich Plakate geklebt haben, die die Wahrheit über die Ermordung des Genossen Günter verbreiteten und hatten deshalb alle Strafbefehle über je 2 000 DM erhalten. Die Zeugen, die die bürgerliche Klassenjustiz im Prozeß gegen die Genossen aufgefahren hatte, mußten jedoch zugeben, daß sie praktisch gar nichts gesehen hatten – außer den Plakaten. Genossin Ute entlarvte im Prozeß dieses Verfahren gegen sie und die beiden anderen Genossen als einen Versuch, die Wahrheit über den Mord an Genossen Günter zu unterdrükken. Der Charakter der Polizei zeigte sich aber auch im Prozeß selbst. Einer der GRF-Sympathisanten war bei der Festnahme von einem Polizisten mit der Pistole in der Hand verfolgt worden. **Als Genossin Ute jetzt fragte, ob er denn auch geschossen hätte, wie seine Kollegen auf Erich Dobhard und Ernst Wiesneth, antwortete der Staatsanwalt anstelle des Polizisten: „Natürlich hätte er geschossen, ich hätte es auch getan."** Während so Genossin Ute den Prozeß benutzte, um den bürgerlichen Staat und seine Justiz zu entlarven und anzugreifen, sagten die GRF-Sympathisanten kein Wort zum politischen Inhalt der Anklage, zum Mord an Genossen Günter. Im Gegenteil, einer von ihnen hatte tags zuvor eine Erklärung im Liga-Büro ausgehängt, in der es hieß, daß er unschuldig sei, keine Routhier-Plakate sondern nur Plakate des Vietnam-Ausschusses geklebt habe.

Durch den entschlossenen Kampf der Partei und der RHD, die in Münster ebenfalls mit einem Flugblatt zu dem Prozeß aufgerufen hatte, konnte ein Freispruch erkämpft werden.

RECKLINGHAUSEN

Genosse Ulrich Grober, presserechtlich Verantwortlicher für die Betriebszeitungen und Flugblätter der Partei in verschiedenen Städten des Ruhrgebiets erhielt jetzt einen Strafbefehl über 900 DM, weil in der „Roten Fanfare", der Betriebszeitung der KPD/ML bei Hella gestanden hatte: „Demnächst wird der Presseverantwortliche unserer Flugblätter, Genosse Ulrich Grober, vor Gericht stehen, angeklagt der „Verächtlichmachung der Bundesrepublik Deutschland, Höchststrafe: 5 Jahre Gefängnis. Es soll verboten werden, zu sagen, **daß dieser Staat eine Diktatur der Ausbeuter ist."** Mit anderen Worten, man darf nicht einmal mehr schreiben, was nach den bürgerlichen Gesetzen „kriminell" ist! Als Zeugen für diesen Gesinnungsprozeß gegen den Genossen haben sich der Betriebsratsvorsitzende von Hella und der Werksleiter zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig wird mit diesem Strafbefehl der Abdruck des revolutionären Arbeiterliedes „Auf, ihr Arbeiterbrüder" unter Strafe gestellt. Die Zeile, deren Verbreitung die Bourgeoisie offensichtlich am meisten fürchtet ist: „Jagt zum Teufel die Herren, übernehmt die Fabriken und zerschlagt ihren Ausbeuterstaat."

MÜNCHEN

Genosse Franz P. aus München erhielt jetzt einen Strafbefehl über 1 800 DM, weil er ein Flugblatt verteilt und bei der Festnahme eines Genossen, der mit ihm gemeinsam die Flugblätter verteilt haben soll, Polizeibeamte angegriffen haben soll.

SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML

– Spendenkonto –
Sparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: SOLIDARITÄT

Roter Antikriegstagsprozeß

Neues Terrorurteil - 1 Jahr ohne Bewährung

„Die Gefängnisstrafe zur Bewährung auszusetzen steht nur dann zur Debatte, wenn die Strafandrohung allein schon ausreicht, den Angeklagten ihre politische Meinung auszureden" – so begründete Richter Sellmayr sinngemäß das Terrorurteil von einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung gegen Genossen Dieter Vogelmann im Antikriegstagsprozeß in der letzten Woche in München. Bestraft werden sollte die kommunistische Gesinnung des Genossen. Aus diesem Grund hatte ihm die Staatsanwaltschaft 1973 bald ein Jahr nach der Demonstration zum Roten Antirkiegstag 1972 allein aufgrund von Photos eine Anklageschrift ins Haus geschickt. Aus diesem Grund fand jetzt der Prozeß in München statt.

Bereits als der Genosse in seiner Erklärung zur Sache die Berechtigung und Notwendigkeit der revolutionären Gewalt gegen den imperialistischen Staatsapparat nachwies und auf die Verschärfung der Faschisierungsmaßnahmen einging, drohte ihm Staatsanwalt Wahl mit neuen Anzeigen und mit Ordnungsstrafe. Weil er von „Mordeinsatzkommandos" im Zusammenhang mit den zahlreichen Polizeimorden sprach, soll er jetzt wegen Beleidigung belangt werden. Am Ende des Prozesses dann, beim Schlußwort des Genossen, entriß ihm Staatsanwalt Wahl gewaltsam seine Aktentasche mit seinen gesamten Aufzeichnungen, um auch daraus neue Anklagen zusammenbasteln zu können.

Bereits dieses Vorgehen der Staatsanwaltschaft zeigt, daß dieser ganze Prozeß nur einen Zweck hatte, einen Revolutionär zu verurteilen und hinter Gitter zu bringen. Das wurde bei der Zeugenvernehmung noch klarer.

Erster Zeuge der Staatsanwaltschaft war der in Antikriegstagsprozessen bekannte Bildzeitungsphotograph Werner. Er hatte für diesen Prozeß besondere Bedeutung, weil es für die bürgerliche Klassenjustiz, will sie nicht bei solch einem „Photobeweis" ihr demokratisches Gesicht völlig verlieren, zumindest notwendig ist, die Herkunft der Photos zu belegen. Zeuge Werner aber erklärte, als ihm die sechs Beweisphotos vorgelegt wurden, sie seien nicht von ihm. Erst nachdem der Staatsanwalt ihm seine Aussage im letzten Prozeß, wo er das genaue Gegenteil gesagt hatte, vorhielt und ihm dann noch zwei Vergrößerungen vorlegte, „erkannte" Werner seine Bilder wieder. Auf die anschließende Frage der Verteidigung, wer ihn denn eigentlich bezahle, meinte dann der Richter: die Frage der Bezahlung sei für die Glaubwürdigkeit des Zeugen unerheblich!

Nächster Zeuge war der Polizist Forstner, Hauptbelastungszeuge in Antikriegstagsprozessen und „Spezialist" für die von der Bourgeoisie erfundene „Gefährdung der Bevölkerung durch die Demonstranten". Als er diesmal aufgefordert wurde, doch zum Beweis für seine Reden mal die Anzeigen aus der Bevölkerung auf den Tisch zu legen, berief er sich plötzlich auf die angebliche Anzeige einer Frau, die mit einer Holzstange zusammengeschlagen worden sei. Von dieser angeblichen Anzeige hörte man jetzt 2 1/2 Jahre nach der Demonstration allerdings zum ersten Mal. Sie wurde deshalb auch von Genossen Dieter und der Verteidigung als konstruiert entlarvt. Wieder sprang der Richter ein: ob diese Anzeige existiere oder nicht, interessiere nicht. **Mit anderen Worten: der Zeuge mag lügen oder nicht, das spielt für die „Wahrheitsfindung" keine Rolle!**

Ähnlich wie die Zeugen wurden auch andere „Beweismittel" vom Gericht „gewürdigt". So wurde auch in diesem Prozeß der „taktische Plan" für die Demonstration aufgefahren, der angeblich in einem Bus von Demonstranten gefunden wurde. Der Richter: der Plan stamme zwar nicht von der KPD/ML, Dieter Vogelmann habe ihn auch wahrscheinlich nicht gekannt. Aber er beweise schließlich immerhin, daß es für diese Demonstration einen Plan gegeben habe!

Diese „Beweise" für die Anklage der Staatsanwaltschaft waren die einzigen, die zugelassen wurden. Die Beweisanträge der Verteidigung wurden alle abgelehnt.

Der Staatsanwalt forderte anschliessend in seinem Plädoyer 16 Monate Gefängnis, was er vor allem mit dem revolutionären Auftreten des Genossen im Gericht selbst begründete. **Wie schon in früheren Prozessen, unterbrach Staatsanwalt Wahl dann auch diesmal das Plädoyer des Verteidigers Rechtsanwalt Flints mit üblen Beschimpfungen und drohte ihm mit „standesrechtlichen Konsequenzen".**

Richter Sellmayr, der Genossen Dieter erst vor wenigen Wochen zu 900 DM Geldstrafe verurteilt hatte, weil er angeblich ein Flugblatt gegen den geplanten Schreibtischmord an Sascha Haschemi verteilt haben soll, sprach dann das Urteil: ein Jahr ohne Bewährung. Einziger „Beweis" für die Teilnahme des Genossen an der Demonstration blieben nach wie vor die erwähnten Photos, bei denen noch nicht einmal der geringste Versuch einer Identifizierung gemacht worden war.

Solche Prozesse sind allerdings nicht geeignet, den Angeklagten „ihre politische Meinung auszutreiben", im Gegenteil, sie zeigen deutlich, daß hier nicht „im Namen des Volkes" Recht gesprochen wird, sondern im Namen der Kapitalistenklasse, die die Kommunisten und andere Revolutionäre mit allen Mitteln bekämpft. Wie aber soll man in einem solchen Staat anders um sein Recht kämpfen als mit revolutionärer Gewalt, als mit dem Ziel der sozialistischen Revolution vor Augen?

Kölner Arbeiter von Polizei ermordet

In der Nacht von Sonntag auf Montag letzter Woche wurde der 25jährige Arbeiter Manfred Rohs in Köln Vingst von der Polizei erschossen. Am Sonntag abend hatte Manfred Rohs gefeiert, wohl etwas viel getrunden und Lärm gemacht, so daß Nachbarn nach der Polizei riefen. Als die Polizisten kamen, war Manfred allerdings längst in seiner Wohnung. Alles war ruhig. Bis die Nachbarn auf einmal durch Pistolenschüsse aufgeschreckt wurden. Manfred Rohs war von der Polizei erschossen worden. Von einem Pistolenschuß direkt unters Auge getroffen, als er den Kopf aus einem Loch im Glas seiner Haustür gestreckt hatte, um zu sehen, wer nachts zu ihm hereinwollte. Die Polizei gab hinterher an, sie habe in Notwehr gehandeln, da Manfred Rohs mit einer Pistole auf die Beamten gezielt habe. Daß es sich bei dieser Pistole nur um eine Attrappe gehandelt habe, hätten sie erst „hinterher" gesehen.

Notwehr? Für die Bewohner in den anderen Häusern war es Mord. „Mörder" wurde den Polizisten auch sofort entgegengeschrien, die zu ihrem Schutz Verstärkung anforderten, so daß schließlich 30 Polizeibeamte das Haus umstellten. Sofort nach dem Mord wurde die Türscheibe von der Feuerwehr ganz herausgeschlagen, um so die Version der Polizisten, daß Manfred Rohs gleichzeitig seinen Kopf und den Arm mit der Pistolenattrappe herausgestreckt habe, glaubhafter erscheinen zu lassen. Wie schon nach der Ermordung des Jungarbeiter Hans-Jürgen Remiszko begann auch hier in Köln Vingst die bürgerliche Presse am nächsten Tag gegen das gesamte Viertel, in dem der Mord geschah, als asozialenviertel zu hetzen. Dazu wurde ein Photo abgebildet, das Manfred Rohs in seiner Bundeswehrzeit mit Waffe zeigte, um so den Eindruck zu verwischen, daß hier ein wehrloser junger Mann kaltblütig erschossen worden war.

Bei den Bewohnern des Viertels hat diese Zusammenarbeit von Polizei und bürgerlicher Presse die Empörung nur noch gesteigert. Der Vater von Manfred, den Genossen der Partei besuchten, wird Anzeige erstatten. Er möchte im Moment vor allem eins, daß die Mörder seines Sohnes bestraft werden. **Aber für Mörder in Polizeiuniform gibt es keine Bestrafung.** Nur wenige Tage, nachdem Manfred Rohs erschossen wurde, konnte man in der Zeitung lesen, daß der Bundesgerichtshof die Strafe von einem halben Jahr Gefängnis (mit Bewährung) aufgehoben hat, die gegen den Polizisten Diehl, den Mörder des damals 17jährigen Erich Dobhard aus Dortmund verhängt worden war. Kommentar des Pressesprechers der Dortmunder Polizei: „Wir begrüßen das Urteil, weil es von Diehls Familie eine schwere Belastung und **von der Beamtenschaft viel Unsicherheit genommen hat."**

Zynischer geht es kaum noch. Kein Wort über das Opfer des Polizeimordes, kein Wort über seine Angehörigen. Dafür Mitgefühl für einen Mörder und seine Familie. Dafür Dank im Namen aller Polizisten, daß sie jetzt ohne „viel Unsicherheit" die Leute niederschießen können. – Einzige Bedingung dafür, daß ihnen nicht Gefängnis, sondern der „Dank des Vaterlandes" gewiß sind, ist, daß sie ihre Waffen gegen einen aus einem „asozialen" Viertel richten, wie gegen Manfred Rohs, gegen einen Jungarbeiter wie Erich Dobhard, eine Angestellte wie Ingrid Reppel, einen Revolutionär wie Thomas Weisbecker, mit einem Wort: gegen die Werktätigen. Denn zu ihrer Unterdrückung hat sich die Kapitalistenklasse die bewaffneten Truppen der Polizei, des Bundesgrenzschutzes und der Bundeswehr geschaffen. Gerade diese Tatsache, daß die Polizeimorde, wie sie sich heute in der Bundesrepublik häufen, keine „Pannen", sondern Teil der Vorbereitung dieser Bürgerkriegstruppen auf den organisierten Einsatz gegen die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen sind, wenn die Bourgeoisie ihre Herrschaft ernsthaft bedroht fühlt, soll mit allen Mitteln vertuscht werden.

Wenn auch noch nicht alle Werktätigen hinter den Mördern in der Polizeiuniform das Regime der bürgerlichen Diktatur erkennen, so wächst doch ihr Haß auf die Polizei, wächst das Gefühl, daß man ihrer Brutalität nur mit Gewalt begegnen kann, wächst das Vertrauen in die Kommunisten, die als einzige konsequent gegen diesen Polizeiterror kämpfen. So verkauften die Kölner Genossen allein in dem Haus, in dem Manfred Rohs wohnte, 5 Rote Morgen. In zahlreichen Gesprächen sagten ihnen die haßerfüllten Bewohner: Ihr seid die einzigen, die kommen, um die Wahrheit zu schreiben."

Botschaft aus dem Gefängnis

Jose Duarte, ein brasilianischer Arbeiterführer, 66 Jahre alt, wurde im Oktober 1972 verhaftet. Im Gefängnis wurde er grausamen Foltern unterworfen, die eine schwere Gehirnerschütterung verursachten. In der Strafanstalt von Fortaleza, im Staat Ceara, wo er sich jetzt befindet, sandte er dem brasilianischen Volk und den Völkern der Welt, folgende Botschaft:

Anläßlich des 50. Jahrestags meiner Beteiligung am Kampf für den Sieg der unüberwindlichen Ideen der großen Führer der Menschheit Marx, Engels und Lenin – Ideen, die über alle triumphieren, die sie verleumden (und die sich in einer tiefen Krise befinden, die sie nicht überwinden können) – anläßlich dieser Gelegenheit drücke ich dem brasilianischen Volk meine Dankbarkeit und meine tiefe Verbundenheit aus, vor allem der Arbeiterklasse, für die Solidarität, die Achtung und Sympathie, die sie jenen entgegenbringt, die für den Fortschritt, die Unabhängigkeit des Vaterlandes und das Glück der Menschheit kämpfen.

Ich spreche weiter warme Grüße, meine Hochachtung und tiefe Dankbarkeit den Völkern der ganzen Welt aus, die durch ihren Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit Zeugnis ablegen für eine großartige Solidarität, und den Kampf der brasilianischen Patrioten gegen die Unterdrückung, Zuversicht und Mut verleihen.

Unsterblichen Ruhm den Gefallenen! Ein langes Leben denen, die den Kampf für Freiheit, gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen fortsetzen! Die Freiheit wird siegen! Die Unterdrücker werden geschlagen! Es lebe der proletarische Internationalismus! Es lebe der Marxismus-Leninismus! Es lebe Brasilien!

Oktober 1974 (Entnommen „Clarte", dem Zentralorgan der KP Belgiens/ML.)

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

104. Jahrestag der Pariser Kommune

Rede des Genossen Ernst Aust in Paris

„Für die Einheit der Völker Europas im Kampf gegen die beiden Supermächte" – unter dieser Losung versammelten sich am 16. März, dem 104. Jahrestag der Pariser Kommune in Paris mehrere tausend Menschen zu einer großen internationalen Demonstration mit anschließendem Massenmeeting. Auf Einladung der Marxisten-Leninisten der Zeitung „l'Humanite Rouge", dem Organisator der Demonstration und der Versammlung, waren an diesem Tag auch Delegationen bzw. Vertreter mehrerer marxistisch-leninistischer Parteien nach Paris gekommen. Die Delegation unserer Partei wurde von Genossen Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML angeführt. Wir veröffentlichen im folgenden die Rede, die Genosse Ernst Aust in Paris gehalten hat und den Bericht eines Mitglieds der Delegation über die Demonstration und die anschließende Großveranstaltung.

Liebe Freunde, liebe Genossen!

Ich überbringe Euch – denen die hier versammelt sind und darüber hinaus der ganzen revolutionären Arbeiterschaft von Paris und Frankreich – die heißen, brüderlichen, revolutionären Kampfesgrüße des deutschen Proletariats und seiner revolutionären Avantgarde, der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten.

Genossen, ich bin hierher nach Paris gekommen, um hier in der Stadt der Kommune von 1871, dieses historischen, leuchtenden Fanals der revolutionären Arbeiterbewegung, Zeugnis abzulegen für den proletarischen Internationalismus, für die unverbrüchliche Solidarität und die enge, brüderliche, kameradschaftliche Verbundenheit der deutschen und französischen Arbeiter in ihrem gemeinsamen Kampf gegen das Hegemoniestreben der zwei Supermächte, besonders des sowjetischen Sozialimperialismus und für die Herstellung der Einheit der europäischen Völker.

Lauter als der Schlachtdonner von 1871 erhob sich der Ruf der französischen und der deutschen Arbeiter nach dem Selbstbestimmungsrecht der Nation, und heller als das Blitzen der Geschützsalven, die das Pariser Proletariat niederwarfen, leuchtete das Beispiel jener deutschen Arbeiterführer wie Bebel und Wilhelm Liebknecht, die ihre Solidaritätserklärung mit der ersten Diktatur des Proletariats den Mördern eben dieses Proletariats, den Thiers und Bismarck ins Gesicht schleuderten.

In ihrem Sinne, im Sinne unseres großen Arbeiterführers, Ernst Thälmann, der hier in Paris am 31. Oktober 1932 anläßlich eines Massenmeetings der KPF zum 15. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, unter der Losung „Krieg dem imperialistischen Krieg!" aufrief den Kriegsvorbereitungen des deutschen und französischen Imperialismus Widerstand zu leisten, stehe ich hier um Anklage zu erheben gegen die zwei imperialistischen Supermächte, besonders den sowjetischen Sozialimperialismus, die in ihrem Kampf um Neuaufteilung der Welt bereit sind, diesen Planeten in ein neues Blutbad zu stürzen und die Völker Europas, das der Schwerpunkt ihres Ringens ist, zu versklaven.

Wie Hitler, der bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, dauernd von Frieden redete, den zu erhalten, ihm als altem Frontsoldaten „Herzensangelegenheiten" sei, reden die neuen Zaren im Kreml und ihre revisionistischen Handlanger, ihre fünfte Kolonne, von „Frieden, Sicherheit und Entspannung" als die Haupttendenz der internationalen Beziehungen. Mit diesem Gerede möchten sie die europäischen Völker dazu bringen, sich in einem falschen Gefühl von Sicherheit zu wiegen.

Doch wir, die marxistisch-leninistischen Parteien, deren Einheit geschmiedet wurde und wird durch ihre Treue zu den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, sind wachsam. Wir wissen, daß wir unser Ziel die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft, nicht erreichen können, ohne den vorrangigen unerbitterlichen Kampf gegen die Hauptfeinde dieser Gesellschaft und der Völker, den sowjetischen Sozialimperialismus und den USA-Imperialismus.

Schmieden wir die Einheitsfront aller, die im Widerspruch stehen zu den zwei Supermächten, den Vertretern des Monopolkapitals und der Reaktion, die die Interessen der Nation verraten!

Kämpfen wir für ein starkes und mächtiges Westeuropa der Völker unter der Losung: Krieg den Kriegsvorbereitungen der zwei imperialistischen Supermächte! Für das Selbstbestimmungsrecht und die gerechten nationalen Interessen der westeuropäischen Völker!

Es leben die Kommunisten, die Marxisten-Leninisten der Humanite Rouge! Vive les Communistes, les Marxistes-Leninistes de l'Humanite Rouge!

Es lebe die Kommunistische Partei Frankreichs/Marxisten-Leninisten! Vive le Parti Communiste Marxiste-Leniniste de France!

Es leben die anderen marxistisch-leninistischen Parteien Europas!

Es leben das sozialistische China das Hauptbollwerk der Weltrevolution und Albanien, das Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa!



Von links nach rechts: Ein marxistisch-leninistischer Genosse aus Portugal Camille Granot, ein Vertreter der KPS/ML, Fernand Lefebvre (KPB/ML), Franz Strobl (MLPÖ), Jacques Jurquet, Ernst Aust (KPD/ML), L. Risoliti (KPI/ML) und Peter Peterson (KP Niederlande/ML).

Internationale Demonstration in Paris

Nieder mit den beiden Supermächten!

Am Sonntag, den 16. März, trafen wir um 10 Uhr morgens in Paris am Place de la Republique ein. Genossen der KPF/ML, bewaffnet mit Gummiknüppeln und Helmen, hatten den Aufstellungsort der Demonstration abgesperrt, so daß wir uns in Ruhe aufstellen konnten. Die Genossen hatten ein großes Bild gemalt, das die kämpfenden Kommunarden zeigte. Dieses Bild wurde von sechs Genossen auf den Schultern getragen. An der Spitze des Zuges ein Transparent mit den Köpfen von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung und der Aufschrift: Es lebe der Marxismus-Leninismus!

Dahinter marschierten die versammelten Vertreter von neun marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen Europas. Unter ihnen auch der Genosse Ernst Aust, der Vorsitzende der KPD/ML. Die Genossen begrüßten uns herzlich, und wir marschierten hinter ihnen. Wir trugen die Fahne der Partei und ein Transparent, auf dem in französisch zu lesen stand: „Nieder mit den beiden Supermächten – Es lebe der proletarische Internationalismus – KPD/ML".

Die französischen Genossen hatten große Portraits auf Tafeln gemalt von Marx und Engels und von sieben oder acht hervorragenden Kämpfern der Pariser Kommune wie Dombrowski und Eugene Pottier, dem Dichter der „Internationale". Außerdem trugen sie Transparente mit Karrikaturen über das Komplott und die Rivalität der Supermächte. Auf anderen Transparenten konnte man die Parolen lesen, die die Genossen unermüdlich riefen:

- **Völker Europas vereinigt Euch gegen die beiden Supermächte!**
- **UdSSR, USA raus aus dem Mittelmeer!**
- **Marchais, Verräter der Nation, Verräter der Arbeiterklasse!**
- **Französische und ausländische Arbeiter – eine Arbeiterklasse!**
- **Palästina wird siegen, das kambodschanische Volk wird siegen!**
- **Nieder mit dem Revisionismus – Es lebe der Marxismus-Leninismus!**
- **Es lebe die Diktatur des Proletariats!**

Der Demonstrationszug wuchs von anfangs 2 000 auf ca. 3 000 Menschen an. Da in Paris am Sonntagmorgen die Geschäfte geöffnet sind, sahen und hörten viele Arbeiter die revolutionäre Propaganda. Besonders positiv fielen uns die Ordnertrupps auf, die zu beiden Seiten des Zuges die Straßen mit einer Kette absperrten.

Das Ziel der Demonstration war der Friedhof Pere Lachaise. Dort hatten sich am 29. Mai 1871 die letzten Kommunarden vor der Übermacht der Konterrevolution zurückgezogen, aber sich nicht ergeben. **„Vive la Commune", schrien sie ihren Mördern zu.** Nach einem Schweigemarsch über den Friedhof legten alle Genossen an der Gedenktafel rote Nelken nieder.

Am Nachmittag kamen über 2 000 Genossen zu der Veranstaltung der KPF/ML, in deren ersten Teil über die Entwicklung der Krise in Frankreich und die Verschlechterung der Lage der Massen berichtet wurde. Im zweiten Teil, trugen die anwesenden Vertreter der marxistisch-leninistischen Parteien – meist Vorsitzende oder führende Genossen – ihre Grußadressen vor. Begeistert erhoben sich jedesmal die Genossen von ihren Plätzen und klatschten lange und auch rhythmisch Beifall. **Als der Vertreter der französischen Bruderpartei den erfolgreichen Abschluß des 2. Parteitages und die Verabschiedung des Programms bekanntgab, brach die Versammlung in lauten Jubel aus: „P-C-M-L-F".**

Die französischen Genossen hatten die KPD/ML und die marxistisch-leninistischen Parteien aus Italien, Belgien, den Niederlanden, der Schweiz und Österreich eingeladen. Außerdem war ein Marxist-Leninist aus Portugal anwesend. Verlesen wurden die Grußadressen der marxistisch-leninistischen Parteien aus Norwegen, Schweden, Haiti, Tunesien, Chile und Türkei.

Alle Redebeiträge betonten die Notwendigkeit der Vereinigung des Kampfes der europäischen Völker angesichts der von den beiden Supermächten geschürten Kriegsgefahr. Sie bekräftigten ihre Entschlossenheit, die Zusammenarbeit der marxistisch-leninistischen Parteien im Kampf gegen den modernen Revisionismus zu verstärken. Mit dem Singen der Internationale schloß die Veranstaltung. Draußen hatte die Ordnertruppe wieder die Straße abgesperrt, weil die Revisionisten anschließend in dem Saal eine Veranstaltung abhalten wollten und mit Provokationen zu rechnen war. Angesichts der Entschlossenheit der Genossen wagten sie keinen Angriff. Begeistert von diesem kämpferischen Tag, machten wir uns auf den Heimweg.

Vietnam

Eine Niederlage nach der anderen für Thieu

Die Thieu-Clique in Südvietnam ist aus ihren illegalen Stützpunkten und den Bezirks- und Provinzhauptstädten in bislang neun Provinzen im nördlichen und westlichen Teil des Landes vollständig vertrieben worden. Das ist ein großer Sieg des vietnamesischen Volkes bei der Verteidigung der befreiten Gebiete und der Errungenschaften der Revolution, in seinem Kampf für die Wahrung des Pariser Abkommens.

Auf Befehl der amerikanischen Imperialisten haben die Truppen der Thieu-Clique immer wieder versucht, illegale Stützpunkte in den befreiten Gebieten zu errichten. Sie haben die Städte unter ihrer Kontrolle, die in den befreiten Provinzen wie Inseln verstreut liegen, als Ausgangsbasen für ihre Angriffe und Aggressionen benutzt. **Sie sind die Aggressoren, die nun unter den Gegenschlägen der Volksbefreiungsarmee und der Bevölkerung in wilder Panik nach Süden fliehen.**

Um die Völker zu täuschen und die Verstärkung ihrer Militärhilfe zu rechtfertigen tischen die amerikanischen Imperialisten erneut die Lüge von der „Aggression Nordvietnams" auf und behaupten frech, daß „hunderttausende von Menschen auf der Flucht vor der kommunistischen Aggression sind".

In Wirklichkeit fliehen die Menschen vor den Bombenangriffen der Thieu-Clique auf ihre Städte und Dörfer. In Wirklichkeit zwingen die Marionetten die Bevölkerung, ihre Heimat zu verlassen und sogar die „Frankfurter Rundschau" hat zugegeben, daß „Beamte Thieus", die Flucht „angeordnet" haben. Die fliehenden Truppen Thieus scheuen sich nicht, die hunderttausende von Menschen als Schutzschild zu benutzen, um sie später als Kanonenfutter auf dem Schlachtfeld für die Ziele der amerikanischen Imperialisten in den Tod zu schicken.

Die Bevölkerung Südvietnams hat keinen Grund, in die Arme der faschistischen Diktatur Thieus zu flüchten, sie verstärkt im Gegenteil auf dem Land und in der Stadt ihren Kampf gegen das verhaßte Regime. In allen von der Thieu-Clique kontrollierten Städten kommt es immer wieder zu Demonstrationen von tausenden von Menschen, die die Absetzung Thieus fordern. Erst vor kurzem demonstrierten in Saigon von morgens um sieben bis in den Nachmittag 5 000 Menschen gegen das Thieu-Regime. Sie kämpften gewaltsam gegen die faschistische Polizei, die mit Tränengas und Gewehrkugeln die Demonstration zu verhindern versuchte. Ähnliche Demonstrationen fanden auch in der Provinz Binh Tuy statt und in Quang Ngai versammelten sich 17 000 Menschen zu einer Demonstration gegen das Thieu-Regime.

In den Städten und auf dem Land wehren sich die Jugendlichen gegen die Einberufung in die Marionettenarmee Thieus und leisten gewaltsam Widerstand. Immer häufiger verlassen die Soldaten dieser Armee ihre Reihen und organisieren mit den Waffen, die sie mitnehmen, bewaffnete Trupps zum Kampf gegen die Thieu-Clique. Viele von ihnen schließen sich den Volksstreitkräften an. Jeden Monat desertieren auf diese Weise über 10 000 Soldaten. In der Provinz Nam Bo haben von 60 000 Rekruten innerhalb von 18 Monaten 50% die Marionettenarmee verlassen und sich in den Kampf gegen die Thieu-Clique eingereiht.

Die amerikanischen Imperialisten haben selbst zugeben müssen, daß die Stadt Banh Me Thuot so schnell von den Volksstreitkräften erobert werden konnte, weil sich die Bevölkerung gleichzeitig zu einem Aufstand erhoben hat. Das Regime Thieus ist aufs äußerste verhaßt. Die Bevölkerung in den von der Thieu-Clique kontrollierten Gebieten kämpft für seinen Sturz um es durch ein solches zu ersetzen, das den Frieden will und die Nationale Eintracht und die Bestimmungen des Pariser Abkommens einhält. Das vietnamesische Volk wird den amerikanischen Imperialisten und ihren Lakaien, der Thieu-Clique, die ihre Aggressionen und Verbrechen gegen das vietnamesische Volk fortsetzen, noch verheerende Niederlagen beibringen.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT:	WELLENLÄNGE:
1. Programm:	
13.00 – 13.30	32 und 41 Meter
16.00 – 16.30	32 und 41 Meter
19.00 – 19.30	41 und 50 Meter
2. Programm:	
14.30 – 15.00	32 und 41 Meter
18.00 – 18.30	32 und 41 Meter
21.30 – 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
3. Programm:	
6.00 – 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
23.00 – 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle

RADIO PEKING

im Winter 43,7; 42,8 und 38,5 Meter
im Sommer 26,2 Meter
jeweils 19.00 – 20.00 und 21.00 – 22.00 Uhr



32 Meter entspricht 9,26 MHz;
41 Meter entspricht 7,23 MHz;
50 Meter entspricht 5,95 MHz;
215 Meter entspricht ca. 1 400 kHz Mittelwelle.

Wachsende Rivalität der Supermächte

US-Kampfverbände im Norden verstärkt

Die amerikanischen Imperialisten verlegen zur Zeit 3 800 Soldaten aus den USA in die Bundesrepublik. Sie haben selbst erklärt, daß es sich dabei um Kampfverbände handelt, die zu einer Panzerbrigade zusammengefaßt werden sollen. Schon im nächsten Jahr wird dieser Brigade eine weitere Infanterie-Kampfbrigade folgen, die in Norddeutschland stationiert werden soll.

Warum verstärken die amerikanischen Imperialisten ihre Kampftruppen in unserem Land? Sie selbst und vor allem die sowjetischen Sozialimperialisten posaunen doch ständig ihre Parolen vom „Zeitalter der Entspannung" und der „Abrüstung" in die Welt hinaus und die amerikanischen Imperialisten lancieren von Zeit zu Zeit Gerüchte, daß sie „erwägen", ihre Truppenverbände nach und nach aus unserem Land zurückzuziehen. Die Tatsachen zeigen, daß all dies nur dazu dient, die Völker zu betrügen, ihre Wachsamkeit einzuschläfern, während die beiden Supermächte in Wirklichkeit für einen neuen imperialistischen Krieg um die Aufteilung der Welt rüsten.

Selbst haben die amerikanischen Imperialisten erklärt, die Verstärkung ihrer Kampftruppen und die Verlegung eines Teils von ihnen gerade nach Norddeutschland sei notwendig, weil „dort der Schwerpunkt des sowjetischen Angriffsplans vermutet wird"

Tatsächlich haben die sowjetischen Sozialimperialisten gerade in der letzten Zeit ihre militärischen Aktivitäten an der Nordflanke Europas, in der Barentssee, im Nordatlantik und in der Ostsee erheblich verstärkt (siehe auch S. 2). Allein in der DDR sind 20 sowjetische Divisionen stationiert. Für die sowjetischen Sozialimperialisten ist dieses Gebiet von entscheidender strategischer Bedeutung, um Westeuropa in die Zange zu nehmen, es dem Einflußbereich der amerikanischen Imperialisten zu entreißen und die Völker zu überfallen, um sie zu versklaven und zu unterdrücken. Die expansionistischen Ziele der sowjetischen Sozialimperialisten sind eine reale Drohung für unser Land und alle Völker Westeuropas.

Die amerikanischen Imperialisten und ihre Verbündeten, die westdeutschen Imperialisten behaupten, die 250 000 US-Besatzungssoldaten in unserem Land seien die Garanten für „Freiheit und Unabhängigkeit" unseres Volkes. Aber die „Verteidigung der Freiheit" hat im Mund der amerikanischen Imperialisten nie etwas anderes bedeutet, als die Völker zu überfallen, sie in ihre Abhängigkeit zu bringen, ihnen die Freiheit zu rauben.

Die beiden Supermächte kämpfen gegeneinander um die Vorherrschaft in der Welt. Das wird unvermeidlich zu einem Krieg zwischen ihnen führen. Beide betrachten unser Land und die Länder Westeuropas als einen schmackhaften Brokken, den sie an sich reißen wollen. Unser Volk kann sich im Kampf gegen die eine Supermacht nicht auf die andere stützen. Nur im Kampf gegen beide Supermächte können wir die wirkliche Freiheit und Unabhängigkeit, den Sturz der Ausbeuterordnung in Ost und West, ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland erringen.

STÄRKT DIE WELTWEITE ANTIIMPERIALISTISCHE FRONT, BESONDERS GEGEN DIE BEIDEN SUPERMÄCHTE, DEN US-IMPERIALISMUS UND DEN SOWJETISCHEN SOZIALIMPERIALISMUS

Berichte aus dem "Roten Marder"

Der Widerstand der Soldaten wächst

Drill, Schikanen, politische Entrechtung und ein Hungersold sind für die einfachen Soldaten in der Bundeswehr alltägliche Erscheinungen. Das kann in einer imperialistischen Armee auch nicht anders sein. Denn in dem Krieg, für den die jungen Arbeiter, Bauern, Angestellten, Schüler und Studenten ausgebildet werden, sollen sie das Kanonenfutter im Kampf der beiden Supermächte um die Weltherrschaft sein und der „Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung", auf den sie eingeschworen werden, ist in Wirklichkeit die Unterdrückung des Volkes, um die Ausbeuterordnung der Kapitalistenklasse zu schützen und zu verteidigen. Die beiden folgenden Berichte aus dem „Roten Marder", der Hamburger Soldatenzeitung der ROTEN GARDE, zeigen den wachsenden Widerstand der Soldaten.

Vor kurzem wurde ein Soldat der 2. Kompanie des Jägerbataillons 391 in Putlos bei Oldenburg/Holstein vorzeitig aus der Bundeswehr entlassen. Seine weitere Anwesenheit, so hieß es, würde die „Disziplin und Sicherheit" der Truppe ernstlich gefährden. Gleichzeitig läuft gegen ihn ein gerichtliches Ermittlungsverfahren wegen Verdachts des „Aufrufs zu strafbaren Handlungen", der „Verleumdung der Bundeswehr" und der „Wehrkraftzersetzung". Was hatte die Herren Offiziere in derart große Bedrängnis über „Sicherheit und Ordnung" versetzt?

Sie hatten es mit einem antimilitaristischen Soldaten, einem Sympathisanten der KPD/ML zu tun, den sie nicht kleinkriegen konnten. **Vielmehr gewann er das Vertrauen vieler Soldaten, weil er sich für ihre Interessen im Kampf gegen Schikane und Entrechtung einsetzte und das wahre Gesicht der Bundeswehr als Unterdrückungsinstrument der Kapitalisten aufzeigte. So schlugen die Kameraden ihn zum Vertrauensmann vor und die Offiziere wußten sich nur dadurch zu helfen, indem sie ihn einfach wieder von der Liste strichen, weil gegen ihn ein Verfahren laufe.** Der Anlaß für die Entlassung und das eingeleitete Strafverfahren war ein Bericht über das Nato-Manöver „Bold Guard", den Soldaten des Bataillons an den ROTEN MORGEN geschickt hatten. Dieser Bericht fand bei vielen Soldaten große Zustimmung, weil er genau das zum Ausdruck brachte, was sie selbst denken und erlebt hatten. Desto größer war natürlich die Unruhe bei den Offizieren, die sich zutiefst getroffen fühlten.

Der politische Rausschmiß dieses Soldaten ist kein Einzelfall. In Eckernförde erhielt ein kommunistischer Soldat ebenfalls in letzter Zeit Kasernenverbot und wurde dann auch rausgeschmissen. Schon im letzten Jahr wurde ein kommunistischer Panzergrenadier „unehrenhaft" entlassen, weil er vor einer Kaserne in Wetzlar die Soldatenzeitung „Soldatenfaust" verteilt haben soll.

Bisher versuchten die Offiziere die Soldaten durch Schikanen kleinzukriegen oder durch Strafversetzungen kaltzustellen. Doch alles hat den Kampf der Soldaten und den wachsenden Einfluß der Kommunisten nicht aufhalten können — deshalb zunehmend Strafverfahren und Rausschmisse. **Doch damit widerlegen die Offiziere nur selbst ihr Geschwätz von den „isolierten Kommunisten" und der „guten Moral" in der Truppe — zeigen sie doch nur ihre Angst davor, daß immer mehr einfache Soldaten sich im Kampf der ROTEN GARDE und der KPD/ML unter der Losung „Krieg dem imperialistischen Krieg" zusammenschließen.**

12 REKRUTEN VERWEIGERN DAS GELÖBNIS

Kurze Zeit später verweigerten in der 4. Kompanie 12 Rekruten das „Gelöbnis". Sie gingen am Tag vor diesem „feierlichen Theater" zum Geschäftszimmer und gaben gemeinsam ihren Beschluß bekannt. Um sie besser unter Druck setzen und überreden zu können, ihren Beschluß rückgängig zu machen, holte der Hauptmann sie zunächst einzeln in sein Zimmer. Sein Manöver scheiterte jedoch, die Rekruten blieben standhaft. Noch nie zuvor hatten in einem Quartal so viele Soldaten das „Gelöbnis" verweigert und die Offiziere gerieten in große Aufregung. Dabei hatten sie den Termin für das „Gelöbnis" erst drei Tage vorher bekanntgegeben, um die Soldaten besser überrumpeln zu können.

Angeblich ist die Teilnahme am „Gelöbnis" „freiwillig", in Wirklichkeit ist das aber überhaupt nicht der Fall. Die Offiziere versuchen durch Druck und Erpressung, die Soldaten zur „freiwilligen Teilnahme" zu zwingen. Ein besonders beliebtes Mittel ist dabei die Drohung mit finanzieller Benachteiligung. Der Hauptmann der 4. Kompanie erklärte dann auch offen: **„ . . . wer nicht bereit ist, Ziele und Methoden der Bundeswehr nach außen zu vertreten, der darf von diesem Staat auch keine Unterstützung erwarten."**

Verschärfter Drill für die 12 Rekruten war die Antwort auf ihre Verweigerung des „Gelöbnisses". Sie wurden mit „erzieherischen Maßnahmen" eingedeckt und bekamen zusätzlichen Dienst aufgebrummt. Es gelang den Offizieren aber weder, die 12 Rekruten einzuschüchtern, noch sie von ihren Kameraden zu isolieren.

"Bürgerpass" für US-Besatzer

Ami go home!

„Er ist in Mainz stationiert und damit zeitweiliger Bürger der Stadt Mainz. Alle deutschen Behörden und Institutionen werden gebeten, ihm behilflich zu sein." Einen „Bürgerpaß" mit diesem oder einem ähnlichen Text sollen die US-Besatzungssoldaten in Mainz künftig bekommen. Dies hat die Stadtverwaltung gemeinsam mit dem Standortkommandanten der US-Imperialisten beschlossen.

Die Ausgabe eines solchen Passes ist einer der vielen Versuche, mit denen die westdeutschen Behörden und die amerikanischen Imperialisten versuchen, die Anwesenheit der 250 000 US-Besatzungstruppen in unserem Land als im Interesse unseres Volkes hinzustellen. Kein „Bürgerpaß" aber, kein Volksfest und keine Kinderbelustigung kann die Tatsache vertuschen, daß die amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik imperialistische Besatzer sind, zum Schutz der Interessen und Einflußsphären der amerikanischen Imperialisten gegen die sowjetischen Sozialimperialisten, zur Unterdrückung des Volkes und zur Verteidigung der Ausbeuterordnung der westdeutschen Imperialisten.

In den dreißig Jahren seit Kriegsende haben die Werktätigen unseres Landes besonders in den Gebieten, in denen die Truppen der amerikanischen Imperialisten stationiert sind, ihre Erfahrungen mit den US-Besatzern machen können. In diesen 30 Jahren sind Milliardensummen aus den Steuergeldern der Werktätigen in die Taschen der amerikanischen Imperialisten geflossen.

Als sie ihre Stützpunkte in unserem Land errichteten, haben sie allein vom 1. Januar 1950 bis zum Oktober 1952 über eine halbe Million Hektar nutzbares Land beschlagnahmt und die Bauern vertrieben. Heute ist dieses Land, wie große Teile der Lüneburger Heide, wie in Rheinland-Pfalz, Wüste. In die Dörfer und Städte in der Nähe ihrer Militärbasen brachten die amerikanischen Imperialisten in großem Stil Korruption, Prostitution und Verbrechen. Der kleine Ort Baumholder ist dafür bereits zu einem abschreckenden Beispiel in der ganzen Bundesrepublik geworden. All das hat immer wieder den Zorn und die Empörung der Werktätigen hervorgerufen.

Die Anwesenheit der amerikanischen Besatzungstruppen liegt nicht im Interesse unseres Volkes, wohl aber im Interesse der westdeutschen Imperialisten, die in den Pariser Verträgen den US-Imperialisten bis zum Jahr 2005 ihre Stützpunkte garantiert haben, die gerade jetzt der Erhöhung der amerikanischen Kampfverbände in der Bundesrepublik zugestimmt haben.

AUSLÄNDISCHE BESATZUNGSTRUPPEN RAUS AUS GANZ DEUTSCHLAND!

AMI GO HOME!

Bestellt das Zentralorgan der KPD/ML

ROTER MORGEN

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30
Postfach 30 05 26
hiermit bestelle ich

A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....
Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname. ....
Beruf ....
Postleitzahl/Ort ....
Straße ....
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum.............. Unterschrift....................

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen.

Parteibüros der KPD/ML

BIELEFELD
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr: 16.30-18.30, Sa: 9-13 Uhr.

BOCHUM
Dorstenerstr. 86. Öffnungszeiten: Mo-Fr: 17.30-19 Uhr Sa: 10-13 Uhr

BREMEN
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Mi: 16-19 Sa 9-13.

DORTMUND
Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231/41 13 40. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18 Uhr, Sa: 10-14 Uhr.

DUISBURG
Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mo-Fr: 17.30-19. Sa: 10-13 Uhr

HAMBURG
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040/43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

HANNOVER
Elisenstr. 20. Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19 Uhr, Sa 9-13 Uhr.

KIEL
Thälmann-Buchladen, Reeperbahn 13. Tel.: 0431/74 7 62. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13.

KÖLN
Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b. Öffnungszeiten: Di und Do 17-19 Uhr, Sa: 9-13 Uhr

LÜBECK
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

MANNHEIM
Lortzingstr. 5. Tel.: 0621/37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.

MÜNCHEN
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089/77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

MÜNSTER
Bernhard-Ernst-Str. 6. Öffnungszeiten: Mo. – Fr. 16 – 18.30 Uhr, Sa. 11 – 14 Uhr

STUTTGART
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

WESTBERLIN
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel.: 030/465 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.



Rote Hilfe Deutschlands

Programm

und

Statut

Programm und Statut der RHD als Broschüre DIN-A-6, Preis 0,50 DM
Bestellungen bitte an das
Büro der Roten Hilfe Deutschlands, 46 Dortmund-Dorstfeld, Dorstfelder Hellweg 22

Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus

Literatur und Zeitschriften aus den Volksrepubliken China und Albanien

Veröffentlichungen des Verlags ROTER MORGEN

Bestellungen an:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus – 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49

A C H T U N G !

Ab 1. April 1975
Neue Postanschrift

Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30
Postfach 30 05 26